

Fuchs-Schündeln, Nicola (Ed.)

Periodical Part

Zahlen: Zählen - Rechnen - Streiten

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fuchs-Schündeln, Nicola (Ed.) (2025) : Zahlen: Zählen - Rechnen - Streiten, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 187 (1/25), https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2025_190.pdf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/337141>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

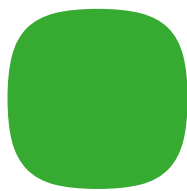
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

4|25

Dezember 2025

wzb.eu



Zahlen

Zählen

Rechnen

Streiten





Titelfoto:

Erbsenzählen – eine Bilderstrecke zieht sich durch unser ganzes Dezember-Heft. Und weil es so viele tolle Motive gab, hier noch die scharfe Konkurrenz zum grünen Cover. Verantwortlich für das Erbsenshooting ist die Hamburger Fotografin Joy Kröger. Alle Fotos: © Joy Kröger/Bilderinstitut, alle Rechte vorbehalten.

Die Grafiken im Heft wurden gestaltet von der Agentur muskat.design, Berlin.

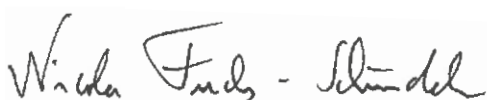
Schwer zu fassen



Der Umgang mit Zahlen gehört zum täglichen Geschäft der Sozialwissenschaften. Wir arbeiten mit selbst gewonnenen Umfragedaten, mit Daten aus großen Erhebungen oder aus der Verwaltung, mit Quoten, Durchschnitten, Verteilungen. Gerade erst haben am WZB gleich zwei Workshops zum Thema „Text as Data“ stattgefunden – die Nachfrage war zu groß für einen. Moderne Methoden plus Künstliche Intelligenz lassen Analysen zu, wie sie noch um die Jahrtausendwende unmöglich schienen. Ich selbst habe mit einem Co-Autor die „wissenschaftliche Nähe“ zwischen 150.000 Paaren von Wissenschaftlern berechnet, basierend auf ihren 20 meistzitierten Artikeln. Was sich nicht alles in Zahlen fassen lässt! Auch die Beiträge in diesem Heft kommen deshalb so leicht nicht auf einen Nenner.

An einer Stelle beginnen wir übrigens gerade neu zu zählen: Erstmals haben sich Anfang Oktober mehr als 100 Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt am WZB zusammengefunden, um die Herausforderungen für unsere modernen Demokratien zu analysieren und Lösungen zu diskutieren. Die 1. Interdisziplinäre WZB-Jahreskonferenz begeistert mich bis jetzt. Denn der Funke zwischen den Disziplinen ist definitiv übergesprungen. Noch nie habe ich nach einer Konferenz so viel positives Feedback bekommen – zur Tiefe der Diskussionen, zum Erkenntnisgewinn und zu positiven Impulsen für die weitere Forschung. Wir Wissenschaftler*innen sprechen viel zu wenig über Disziplinen hinweg miteinander. Aber nur wenn wir unsere Ergebnisse zusammentragen, können wir die großen gesellschaftlichen Probleme angehen. Das WZB ist prädestiniert, hierfür den Raum zu schaffen. Daher ist mir die neue Initiative der interdisziplinären Jahreskonferenzen ein großes Anliegen. Lesen Sie auch zu den inspirierenden Oktobertagen mehr im Heft.

Möge die Zahl 2026 viel Gutes mit sich bringen.
Auf jeden Fall die 2. Interdisziplinäre Jahreskonferenz am WZB!



Nicola Fuchs-Schündeln
Präsidentin

Inhalt 4|25

Dezember 2025

Editorial

- 3** Schwer zu fassen
Nicola Fuchs–Schündeln

Titelthema

- 6** Kopf und Zahl
Über Daten, Werte und Interpretationen
Interview mit Lena Hipp und Ruud Koopmans

- 10** Unsichtbare Zahlen, sichtbare Gefahr
Die Aufklärung über lokalen
Rechtsextremismus leidet an Datenmangel
Katja Salomo

- 15** Politik er-zählbar machen
Seit fast 50 Jahren analysiert das
Manifesto-Projekt Wahlprogramme
Ein Beitrag des Manifesto-Teams

- 19** Keine Zahl
Die Deutschen und das Tempolimit
Andreas Knie

- 20** Mehr ist nicht immer besser
Zum Verhältnis von Wochenarbeitszeit
und Wohlergehen
Jianghong Li

- 24** Mehr oder weniger
Reproduktionspolitik in Zahlen
*Anna Kluge, Rohan Khan,
Mio Tamakoshi und Hannah Zagel*

- 26** Spur der Zahlen
Google Trends verrät Muster
der Nutzung von KI
Alexander Dicks

- 29** The Future of Democracy?
1st Annual Interdisciplinary WZB Conference
*Nicola Fuchs–Schündeln, Daniel Ziblatt,
Michael Zürn, Katinka von Kovatsits und
Gabriele Kammerer*

- 37** „Herr Ober, zahlen bitte!“
Ein Sommelier und ein Ökonom über das,
was nach dem Essen kommt
Paul Valentin Fröhling und Steffen Huck

- 41** Reden und Rechnen
Wie Sprachmodelle helfen,
Politik im Parlament zu verstehen
Greta Groß und Rebecca Kittel

- 45** Europäischer Flickenteppich
Wie Städte und Länder digitale Plattformen
regulieren
Eduard–Alex Ciuhandu und Eliška Drápalová

Aus der aktuellen Forschung

- 49** Mehr als nur Technik
Worauf es bei der Einführung von
KI in Unternehmen ankommt
Mario Michael Ottaiano

Aus dem WZB

- 52** A.SK-Preis 2025
- 55** Personen
- 57** Veranstaltungen
- 58** Vorgestellt
- 60** Nachlese/Impressum

Zu guter Letzt

- 62** Wider die Ausbeutung
Tierschutz als angewandte Sozialforschung
Sueda Evirgen

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten mehr als 430 Menschen, darunter 300 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte
- Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Kopf und Zahl

Über Daten, Werte und Interpretationen

Ein Gespräch mit Lena Hipp und Ruud Koopmans

Um Aussagen über soziale Phänomene treffen zu können, werden auch sie gemessen. Doch nicht erst über die Aussagen selbst kann gestritten werden, schon die Erhebung der Daten ist ein heikles Unterfangen. Gabriele Kammerer hat mit der Ungleichheitssoziologin Lena Hipp und dem Migrationsforscher Ruud Koopmans darüber gesprochen, welche Bedeutung Zahlen für ihre Arbeit haben.

Ruud Koopmans: Ich denke, wir alle in den Sozialwissenschaften haben den Anspruch, faktenbasiert zu arbeiten. Und Zahlen sind Fakten einer besonderen Art – sie haben zumindest den Anschein, sehr präzise zu sein.

Lena Hipp: Mit Zahlen können wir Dinge gut vergleichen. Wir können sehen, ob Faktor X ein Ergebnis Y stärker beeinflusst als Faktor Z das tut. Wir können sagen, was wichtiger ist. Das gibt uns Orientierung im Leben.

Immer wieder taucht das Wörtchen „signifikant“ auf. Was braucht es, damit einem Wert Bedeutung zukommt?

Hipp: Statistische Signifikanz besagt, wie wahrscheinlich es ist, dass eine bestimmte Variable einen ähnlichen Wert hat, wenn ich eine Studie mit einer neuen Zufallsstichprobe wiederhole. Man bekommt fast automatisch Signifikanzen, wenn die zugrundeliegende Stichprobe groß ist. In den Sozialwissenschaften spielte das jahrelang eine große Rolle. Aber die eigentlich viel wichtigere Größe ist die Effektgröße. Also: Ist ein Zusammenhang stark, ist ein Faktor wichtig? Auch ein schwacher Zusammenhang kann signifikant sein, aber im Leben von Menschen – egal ob es jetzt um den Arbeitsmarkt geht oder um Medizin – keine Rolle spielen.

Koopmans: Welche Methoden Sozialwissenschaften auch anwenden – letztlich geht es immer um das Messen. Das Messen von Wer-

ten, von bestimmten Größen und von Zusammenhängen. Auch qualitativ Forschende, die kleine Stichproben detailliert auswerten, machen Aussagen über die Größe von Phänomenen. Der Unterschied zu quantitativer Forschung ist, dass dort diese Messung in Zahlen gegossen wird. Als qualitativer Forscher gehe ich vielleicht in einen Raum und sage: Es ist hier sehr warm. Das ist keine Zahl, sondern eine Einschätzung. Dann kann ich versuchen herauszufinden, warum es hier so warm ist: Die Heizung ist voll aufgedreht oder der Herd ist an. Ein quantitativer Forscher würde das anders machen. Er würde die Temperatur genau messen und zudem andere Variablen in dem Raum, wie die Temperatur der Heizung oder des Herdes, und danach versuchen zu berechnen, wie stark dieser Zusammenhang ist.

Können Zahlen nicht auch eine falsche Sicherheit vorgaukeln?

Hipp: Auf jeden Fall. Deshalb können wir Werte erst dann mit größerer Sicherheit benennen, wenn Studien wiederholt werden – in unterschiedlichen Kontexten, mit unterschiedlichen Stichproben. Wissenschaftliche Erkenntnis kommt immer aus einem Prozess.

Koopmans: Ein Problem ist, dass Studien oft mit relativ kleinen Gruppen durchgeführt werden, mit Studierenden zum Beispiel, meistens auch noch aus dem Fach Psychologie. Das alleine kann dazu

führen, dass Befunde etwa in nicht-westlichen Ländern nicht so nachvollzogen werden können.

Hipp: Und natürlich kommt es auch auf die Frage an. Ein Beispiel aus der Soziologie: Viele Experimente sollten herausfinden, ob Frauen bei Bewerbungen benachteiligt werden oder nicht. Da haben verschiedene Studien ganz unterschiedliche Sachen gefunden. Mal hatten Frauen eine höhere Einladungswahrscheinlichkeit, mal eine niedrigere. Was nicht unplausibel war, weil sich die Studien in vielerlei Hinsicht unterschieden: Was war der Kontext? Welcher Beruf wurde untersucht? Hatten die Frauen Kinder oder nicht? Im letzten Jahr wurden in einer Meta-Analyse all diese Experimente zusammengeführt. Es zeigt sich, dass es diese Einstellungsdiskriminierung gegenüber Frauen nur in bestimmten Berufsgruppen gibt.

Wer entscheidet überhaupt, wonach gefragt wird?

Hipp: Tatsächlich können wir mit quantitativen Methoden nur das analysieren, was wir direkt messen können und wofür wir Daten haben. Und dafür brauchen wir eine Vorstellung davon, dass eine Frage relevant ist. Wenn wir eine standardisierte Antwortskala haben, haben wir nur die Daten, nach denen wir fragen. Andere Aspekte entgehen uns. Deswegen ist es wichtig, dass wir nicht nur im stillen Kämmerlein sitzen und unsere Daten analysieren, sondern auch raus in die Welt gehen, um zu verstehen: Was hat sich denn geändert, was haben wir mit unseren standardisierten Befragungen noch nicht erhoben?

Koopmans: Wir haben in den Sozialwissenschaften viel weniger Einigkeit über die Messinstrumente als in den Naturwissenschaften. Natürlich gibt es schlechtere und bessere Thermometer, aber die, die in der Wissenschaft benutzt werden, sind ziemlich gut. Bei uns gibt es viele Studien, zum Beispiel über den Anstieg des Populismus, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Sie messen Populismus unterschiedlich, und sie messen erklärende Variablen unterschiedlich. Und dann sind die Ergebnisse eben sehr verschieden.

Hipp: Das stimmt, im Sozialen ist es nicht so leicht, Sachen zu messen. So wie manche Fragen gestellt werden, kann man sie heute eigentlich nicht mehr stellen. Ein Beispiel sind Einstellungen zu Geschlechterrollen. Wenn wir herausfinden wollen, wie sich diese im Laufe der Zeit verändert haben, brauchen wir Panelstudien und dieselben Fragen im Zeitverlauf. Aber: Anfang der 1980er mag es noch gut gewesen sein, danach zu fragen, ob Männer bevorzugt werden sollen, wenn Arbeitsplätze



Lena Hipp leitet die Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit am WZB. An der Universität Potsdam ist sie Professorin für Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik. lena.hipp@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

knapp sind. Heute funktioniert diese Frage in vielen Ländern nicht mehr wirklich. Das Soziale verändert sich ständig, wir haben es mit einem „Moving Target“, einem beweglichen Ziel, zu tun. Das ist eine große Herausforderung für die Sozialwissenschaften.

Das heißt also, die Schwierigkeit beginnt nicht erst bei der Interpretation von Zahlen.

Hipp: Nein, sie beginnt schon bei der Erhebung. Wie fragen wir? Und außerdem: Sagen uns die Leute die Wahrheit, wenn wir sie fragen? Zum Beispiel, wenn wir fragen: Wie oft nehmen Sie illegale Drogen? Hinterziehen Sie Steuern? Ist Ihre Putzhilfe angemeldet? Wenn wir direkt fragen, kann es sein, dass wir zu dem Ergebnis kommen: Okay, Drogenkonsum, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit sind nicht so ein großes Problem. Aber vielleicht stimmt das gar nicht. Oder manche Personengruppen nehmen nicht an Befragungen teil. Auch das führt dazu, dass die Zahlen, die wir haben, nicht die Realität abbilden, wie wir sie draußen vorfinden.

Und dann gibt es auch noch die Zahlen, die aus dem Zusammenhang gerissen werden.

Koopmans: Ja, darüber könnte ich viel sagen. Das gilt für Medien oder politische Parteien, aber in der Wissenschaft selbst wird ebenfalls oft über Zahlen gestritten. Und nicht immer fair. Ein Beispiel: der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und dem Anstieg von populistischen Parteien. Die von der Wissenschaft am meisten hervorgebrachte Position dazu ist: Diesen Zusammenhang gibt es nicht, Zuwanderung führt nicht zu einem Anstieg von Populismus. Schaut



Ruud Koopmans ist Direktor der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung am WZB. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Einwanderungs- und Integrationspolitik, ethnische Ungleichheit und ethno-kulturelle Konflikte, religiöser Fundamentalismus und die Politologie der Globalisierung. ruud.koopmans@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

man zum Beispiel auf Ostdeutschland: Dort, wo die wenigsten Zuwanderer leben, ist der Zuspriech für populistische Parteien am stärksten. Aber da wird eine Bestandszahl der Ausländer genommen und in Bezug gesetzt zum Stimmenanteil der AfD. Man kann sagen: In Sachsen leben nur 5 Prozent Ausländer und in Hessen sind es 30 Prozent. Trotzdem ist die AfD in Sachsen stärker. Aber ich kann auch sagen: Die Ausländerzahl hat sich in Sachsen in den letzten 10 Jahren verdoppelt. In Hessen ist sie nur um 5 Prozent gestiegen. Und auch das stimmt. Aber plötzlich ist der Zusammenhang genau umgekehrt. So kann man auf völlig entgegengesetzte Schlussfolgerungen kommen – immer auf der Basis von Daten über Zuwanderung.

Das heißt, es werden bestimmte Zahlen rausgegriffen, weil sie ins Bild passen?

Koopmans: Ja. Und ehrlich gesagt: Dass Medien das machen und Politiker – geschenkt. In der Politik gehört es dazu, die Wirklichkeit so darzustellen, wie es in den ideologischen Rahmen passt. Aber dass es ebenfalls in der Wissenschaft passiert, das finde ich ein Problem.

Hipp: Wenn du sagst, es ist okay, wenn mit Zahlen Politik gemacht wird, da sträubt sich in mir als Bürgerin etwas. In meinem Bereich können dieselben Zahlen dafür genutzt werden, zu sagen „Die Ungleichheit ist gestiegen“ oder aber „Die Ungleichheit ist gefallen“ – je nachdem, welchen Zeitraum man betrachtet. Hier wünsche ich mir von Medien und Politik einen

ehrlicheren Umgang. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber dass eigene Positionen untermauert werden mit etwas vermeintlich Faktischem, finde ich problematisch.

Koopmans: Ich habe gesagt „geschenkt“, weil Politik nun mal Politik ist. Parteien versuchen, Bürger zu überzeugen von ihrer Sicht der Dinge, manchmal beruht das gar nicht auf Fakten, manchmal beruht es auf Fakten, aber auf einer selektiven Lesart. Dass das in der Politik und in der Medienöffentlichkeit passiert, ist zum Teil sogar gut, wir brauchen doch diese Diskussion. Aber dass es auch in der Wissenschaft passiert, das finde ich schwierig. In der Wissenschaft muss mit theoretischen Gründen entschieden werden, welche Zahl relevant ist.

Hipp: Das Gute in der Wissenschaft ist doch, dass wir uns nicht scheuen zu streiten. Wenn ich etwa an Corona zurückdenke: Gibt es eine Retraditionalisierung oder sehen wir jetzt die neuen Väter, die sich mehr in unbezahlte Arbeit einbringen? Das waren eigentlich immer dieselben Zahlen. Aber man hat unterschiedlich darauf geguckt. Es war doch gut, dass wir diesen Streit geführt haben. Vielleicht hat er sogar bewirkt, dass Menschen, die nicht in der Wissenschaft sind, befähigt wurden, Zahlen besser zu lesen.

Koopmans: Das setzt aber voraus, dass es innerhalb eines Fachgebietes tatsächlich hinreichend Pluralismus gibt. Und das ist, denke ich, in meinem Themenbereich, also der Migrationsforschung, weniger der Fall. Ich gebe ein konkretes Beispiel. Vor zehn Jahren habe ich eine Studie veröffentlicht, eine Umfragestudie in sechs Ländern über religiösen Fundamentalismus. Das ist ein Bereich, für den es ein sehr etabliertes Instrumentarium von Fragen gibt. Diese Fragen habe ich benutzt. Das Ergebnis war, dass in diesen Ländern das Niveau von religiösem Fundamentalismus unter muslimischen Zuwanderern um ein Vielfaches höher war als unter Christen. Aufgrund dieser Studie wurde ich von Kollegen angegriffen. Das sei alles islamophob. Meine Messinstrumente wurden kritisiert. Von Leuten, die nicht die blasseste Ahnung haben vom Thema Fundamentalismus! Aber weil das Ergebnis nicht gepasst hat, haben sie die Messung angezweifelt. Wir Wissenschaftler brauchen Zahlen und wir kommunizieren Zahlen, und das gibt den Eindruck von Präzision. Aber wenn wir selbst anfangen, die Fakten, die von anderen präsentiert werden, mit Einwänden zu relativieren, finde ich das problematisch. Ich führe einen ständigen Kampf gegen Desinformation durch Kollegen.

Hipp: Ich kann es nachvollziehen, dass das nervt und einen anfasst. Aber es ist auch ein

wichtiges Element von wissenschaftlicher Erkenntnis, dass es Kritik gibt, dass man fragt: Ist das Messinstrument richtig? Das sieht man auch in der Naturwissenschaft – sobald sich ein Paradigma ändert, gibt es Kritik, und es gibt Zweifel. Ich finde, diese Zweifel sind auch gut.

Koopmans: Es ist doch aber etwas anderes, ob jemand, der sich selbst mit dem Thema beschäftigt, sagt: Du hast jetzt diese Items benutzt, um das zu messen, aber kennst du nicht die Studie von dem und dem, der hat das anders gemessen? Aber in dem geschilderten Fall waren es völlig fachfremde Kollegen, die besser zu wissen meinten, wie man Fundamentalismus misst.

Zurück zur Öffentlichkeit. Gibt es da eine Lernkurve? Besonders in Zeiten von Corona wurde doch mehr darüber diskutiert, wie Wissenschaft funktioniert.

Koopmans: Ich bin da skeptisch. Man muss ebenso sehen, dass es innerhalb der Wissenschaft selbst immer weniger Klarheit darüber gibt, was relevante Fakten sind, ob man überhaupt etwas objektiv messen kann. Gerade im Blick auf Migration und ethnische Beziehungen, aber auch im Geschlechterverhältnis kommt verstärkt die Idee auf, dass es eigentlich keine Möglichkeit der objektiven Wahrnehmung gibt, sondern dass letztendlich alles vom Standpunkt abhängt. Wenn es also um Diskriminierung geht, heißt es, dass das die Betroffenen selbst am besten beurteilen können. Es gibt einen großen, vom Bund geförderten Rassismus-Monitor, da soll es um Rassismus und Diskriminierung gehen. Da werden vor allem die Betroffenen oder die potenziell Betroffenen nach ihren Diskriminierungserfahrungen gefragt. Die Ergebnisse sind dann meistens sehr beunruhigend, weil sie zeigen, dass sich so viel Prozent der Muslime oder der Gruppe X diskriminiert fühlen. Aber es ist doch die Frage, inwiefern subjektive Wahrnehmung und objektive Diskriminierung das Gleiche sind. Wir wissen, dass oft gerade die Teilgruppe einer Gruppe, die am wenigsten von Diskriminierung betroffen ist, diese subjektiv am stärksten empfindet.

Hipp: Naja, subjektive Erfahrungen von Menschen können schon ein wichtiger Indikator für Ungleichheiten sein. Aber man muss natürlich klar sagen, was man gemessen hat. Alles andere ist ein fahrlässiger Umgang mit Zahlen. Meine Beobachtung ist: Weil die Welt kompliziert ist,

weil sich wissenschaftliche Studien oft widersprechen, gibt es eine gewisse Beliebigkeit. Man nimmt sich halt, was man braucht. Und wenn man nichts hat, kommt man ganz gut ohne Zahlen aus. Alternative Facts. Das macht es schon schwer. Ich bin leider nicht sehr optimistisch, dass der Umgang mit Zahlen in der Gesellschaft insgesamt informierter geworden ist.

Koopmans: Ich will aber noch mal bei der Wissenschaft bleiben. Ich finde, dass in den letzten zehn Jahren die Wissenschaft selbst in einem stärkeren Maße politisiert ist. Sicher haben wir insgesamt eine Polarisierung in der Gesellschaft, aber die zeigt sich leider auch in der Wissenschaft. Und in dem Maße, in dem sie sich in der Wissenschaft zeigt, nimmt das Vertrauen in die Wissenschaft ab.

Zahlen spielen auch in der Bewertung von Wissenschaft selbst eine Rolle. Wie oft jemand zitiert wird, ist zum Beispiel karriereentscheidend. Wie stehen Sie dazu?

Hipp: Es gibt durchaus Bestrebungen, das etwas einzuschränken. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft etwa sagt, bei Bewerbungen sollen die zehn wichtigsten Publikationen zählen. Damit es tatsächlich um Qualität und Originalität geht und nicht nur Quantität. Das fände ich total gut. Natürlich lassen wir uns alle von Zahlen beeindrucken. Aber an Zahlen allein sehe ich nicht, wie lange jemand schon publiziert hat, wie viele Kinder jemand hat oder so.

Koopmans: Ich finde diese quantitativen Zahlen schon wichtig. Es gibt zum Beispiel die Zahl der Zitationen in den letzten fünf Jahren. Da kann man sehen: Wie ist der Verlauf? Wenn ich zwei Forschende mit ähnlich vielen Zitationen habe, und bei A geht es steil hoch, bei B geht es schon runter, ist das ein Indiz für Einfluss: Wie ernst wird diese Person in der Scientific Community genommen? Aber im zweiten Schritt schaut man sich natürlich die wichtigsten Publikationen an und beschäftigt sich damit inhaltlich. Es gibt bestimmte Verfahren in den Niederlanden, wo gesagt wird, man darf bei einer Bewerbung nicht mehr die Zitationszahlen nennen. Dann denke ich, warum nicht? Das ist ja, als würde man bei der Temperaturmessung sagen: Nein, diese absolute Zahl, da schauen wir nicht drauf. Wir gehen in den Raum und fühlen nur. Ich würde sagen: das eine tun und das andere nicht lassen. ●

Unsichtbare Zahlen, sichtbare Gefahr

Die Aufklärung über lokalen Rechts- extremismus leidet an Datenmangel

Warum haben extreme Rechte in bestimmten Regionen solchen Erfolg? Liegt es an lokalen Problemen, an gezielter Mobilisierung, an schwachen Gegenkräften in Zivilgesellschaft und etablierten Parteien? Wer Antworten auf diese Fragen finden will, braucht ortsbezogene Daten über politische Aktivitäten, über Kriminalität und Gewalt. Genau diese Daten aber sind nur schwer und kaum systematisch zu bekommen. Katja Salomo berichtet von Behördenwissen, parlamentarischen Anfragen und zivilgesellschaftlicher Hartnäckigkeit.

Katja Salomo

Politik ist immer auch lokal. Spätestens seit dem Brexit und der Wahl Donald Trumps nimmt die Forschung zu rechtsextremen Bewegungen nicht mehr nur nationale oder aber individuelle Faktoren in den Blick, sondern sucht verstärkt regionale und lokale Erklärungen. Das ökonomische und kulturelle Zurückfallen ganzer Regionen gilt heute als zentrale Triebkraft des Erfolgs rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa. Und die regionale Ungleichheit nimmt seit den 1980er-Jahren zu.

Verschiedene Studien zeigen, dass Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien, fremdenfeindliche Einstellungen und Hasskriminalität oft lokal ähnlich verteilt sind. Doch es wäre verkürzt, Intoleranz und politische Gewalt gleichzusetzen. Gewalt entsteht meist erst durch Radikalisierungsprozesse, in denen lokale Gruppen, die allerdings auch digital agieren können, eine zent-

rale Rolle spielen. Gerade in Regionen mit gefestigten fremdenfeindlichen Einstellungen ist die extreme Rechte häufig besonders aktiv. Diese semi-organisierten Gruppen siedeln sich gezielt in Gemeinden in peripheren Räumen an, um dort politische Mehrheiten zu erreichen. Sie schüchtern politische Gegner ein, sie machen Migration zu einem zentralen politischen Thema und versuchen, Migrant*innen durch Drohungen, Vandalismus und Angriffe zu vertreiben. Außerdem stilisieren sie sich selbst zu vermeintlichen zivilgesellschaftlichen oder parteilichen „Kümmerern vor Ort“.

Lokale Daten ermöglichen es, diese Dynamiken über die Zeit hinweg zu erfassen. So ließe sich zeigen, wie extrem rechte Positionen normalisiert werden und wie rechtsextreme Präsenz, Kriminalität und politische Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene zusammenhängen. Doch solche Daten sind Mangelware.



Während Landes- und Bundesbehörden regelmäßig Berichte zu politisch motivierter Kriminalität veröffentlichen, bricht die Verfügbarkeit von Daten auf Gemeindeebene ab. Offizielle Zahlen der Polizei werden nicht standardisiert veröffentlicht, sondern sind meist nur über parlamentarische Anfragen zugänglich – deren Häufigkeit, Umfang und thematische Ausrichtung variieren jedoch stark nach Bundesland und Region. Zivilgesellschaftliche Chroniken und Listen von Opferberatungsstellen sind zwar wertvolle Ergänzungen, sind jedoch uneinheitlich in räumlicher Abdeckung, zeitlicher Kontinuität und methodischer Vergleichbarkeit. Die Unterschiedlichkeit der Quellen führt zu einem Flickenteppich an Daten über lokale rechtsextreme Gewalt, zu der Delikte und auch nicht-kriminelle Aktivitäten zählen. Die systematische Analyse wird dadurch erheblich erschwert – mit der Folge, dass weder Forschung noch Öffentlichkeit ein verlässliches Bild vom tatsächlichen Ausmaß extremistischer Strukturen und Gewalt in einzelnen Gemeinden gewinnen können. Eine Ausnahme ist der Umfang rechtsextremer Proteste: Hierzu existieren mittlerweile sogar europaweite Datenbanken, zu finden auf der Plattform PolDem (poldem.eu.eu). Rechtsextreme Proteste geben aber kein Bild von der Stärke des semi-organisierten Rechtsextremismus in kleineren Orten, denn dort finden Proteste nur selten, in einzelnen Phasen statt.

Wer Daten zu rechtsextremen Aktivitäten jenseits von Protestereignissen analysieren will, muss diese selbst zusammenstellen. Ein Hindernis dabei ist, dass es keine Übersicht über verfügbare Quellen gibt – sie müssen mühsam recherchiert werden. Einige relevante Daten werden regelmäßig über parlamentarische Anfragen veröffentlicht. Bei der Suche hilft das Portal kleineanfragen.de, allerdings nur für Anfragen bis 2021, da das Portal mangels parlamentarischer Kooperation eingestellt wurde. Seitdem müssen die Websites der Landes- und Bundespardamente einzeln durchsucht werden – mit uneinheitlichen Schlagwörtern und Formaten. Am ergiebigsten sind regelmäßige Anfragen von Parteien auf Bundesebene, da sie vergleichbare Datenreihen für ganz Deutschland liefern. Relevante Bundestagsanfragen betrafen zum Beispiel: Antisemitismus in Deutschland (2014–2016, Grüne); Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten (seit 2012, Linke); Antiziganistische Straftaten (2017–2018, Linke); Sorbenfeindliche Vorfälle sowie Sorbenfeindliche Vorfälle und Straftaten



Katja Salomo ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Politisches System der BRD der Universität Kassel und Gastwissenschaftlerin am WZB. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politischer Extremismus, soziale Intoleranz, Segregation sowie Land- und Stadtforschung. katja.salomo@uni-kassel.de

Foto: © Anne Günther, alle Rechte vorbehalten.

(2010–2018, Linke); Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (seit 2012, Linke); Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis, darin Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlings- und Asylunterkünfte mit Schusswaffen (2014–2018, Linke); Tatmittelabgleich bei Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten und gegen Geflüchtetenorganisationen, ehrenamtliche Helfer und politische Gegner (2013–2018, Linke); Politisch motivierte Anschläge in Deutschland (mit Sprengstoff oder Schusswaffen) (2001–2018, Linke); Sprengstoffbesitz und Sprengstoffeinsatz von und durch Neonazis (2016–2019, Linke); Tötungsdelikte im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts“ (1991–2017, Linke); Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate (seit 2010, AfD).

Den größten Teil der Kategorie „politisch motivierte Kriminalität rechts“ machten Asyl-, islamfeindliche und antisemitische Delikte aus, doch fehlen bundesweit Daten zu rassistisch oder behindertenfeindlich motivierten Straftaten, zu Straftaten aufgrund des sozialen Status oder der sexuellen Orientierung sowie zu Angriffen auf den Staat. Ebenso liegen keine umfassenden Informationen zu Anschlägen auf Religionsstätten oder zu Propagandadelikten vor.

Angaben zu politisch motivierter rechter Gewalt auf lokaler Ebene sind über parlamentari-

sche Anfragen in mehreren Landesparlamenten zugänglich, darunter: Brandenburg (seit 2010, Linke), Berlin (seit 2012, Linke), Bayern (2015–2016, Grüne), Hamburg (seit 2014, Linke), Mecklenburg-Vorpommern (2010–2016, Linke), Nordrhein-Westfalen (2012, 2014–2016, seit 2018, Grüne und Piraten), Rheinland-Pfalz (2011–2012, Grüne), Schleswig-Holstein (seit 2017, SPD), Saarland (2006–2010, 2017–2018, SPD und Linke), Sachsen (seit 2014, Linke) und Sachsen-Anhalt (seit 2011, Linke). Daten zu behindertenfeindlicher und sozialstatusbezogener Gewalt existieren ausschließlich für Brandenburg (seit 2001, Linke), zu Angriffen aufgrund sexueller Orientierung zusätzlich für Niedersachsen (2014–2018, Grüne). Informationen zu Übergriffen auf Abgeordnete, Parteibüros und Religionsstätten liegen nur vereinzelt vor.

Für die Zeit vor 2010 liegen also höchstens Teilinformationen zu bestimmten Aspekten rechtsextremer Kriminalität in einzelnen ostdeutschen Bundesländern vor. Zwar erfassen die Bundes- und Landeskriminalämter politisch motivierte Kriminalität seit 2001 nach einem einheitlichen Schema, doch wurden diese Angaben auf Gemeindeebene bis jetzt nur sehr vereinzelt durch parlamentarische Anfragen abgefragt. Unterschiedliche Formulierungen in parlamentarischen Anfragen führen zudem zu abweichenden Datensätzen für denselben Sachverhalt. Hinzu kommt, dass Anfragereihen abbrechen können, wenn sich Parlamentsmehrheiten ändern. Dass die meisten Anfragen von der Linken gestellt werden, die vor allem in ostdeutschen Landtagen stark vertreten ist, erklärt die bessere Datenlage dort.

Nicht alle rechtsextremen Aktivitäten sind dem Bereich „Kriminalität“ zuzuschreiben und dennoch sind auch diese Angaben aufschlussreich. Für den Besitz oder die Nutzung von Immobilien durch extrem Rechte gibt es parlamentarische Anfragen bundesweit für 2019 und über mehrere Jahre für Brandenburg, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt, punktuell auch für Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Daten zu rechtsextremen Konzerten und Liederabenden liegen bundesweit seit 2013 sowie ergänzend für fast alle Länder außer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und die Stadtstaaten vor. Weitere Aktivitäten wie Sport- und Volksfeste, Kinderfeste, Lesungen oder Bücherbörsen sind für Brandenburg (seit 2010, Linke), Mecklenburg-Vorpommern (seit 2012, Linke), Sachsen (seit

2014, Linke) und Thüringen (seit 2013, Linke) dokumentiert, vereinzelt auch für Bayern, Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein.

Hilfreich ist es, die offiziellen Zahlen durch lokal erhobene Informationen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu ergänzen. Bundesweit dokumentiert zum Beispiel die Amadeu Antonio Stiftung Todesopfer rechter Gewalt sowie antisemitische und flüchtlingsfeindliche Vorfälle (vgl. www.belltower.news); IslamiQ veröffentlicht Daten zu Angriffen auf Moscheen und das European Centre for Press and Media Freedom zu Angriffen auf Journalist*innen. Darüber hinaus existieren mindestens 27 weitere Chroniken auf Länder-, Regional- oder Kommunalebene – die Hälfte davon mit Fokus auf Ostdeutschland. Sie werden von Nichtregierungsorganisationen erstellt wie den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT), der Thüringer Beratungsstelle ezra, der Opferperspektive e. V., ReachOut, der Opferberatung LOBBI in Mecklenburg-Vorpommern, der Regionalen Arbeitsstelle RAA Sachsen e. V., der Meldestelle für Antisemitismus LIDA-SH in Schleswig-Holstein und der Beratungsstelle BackUp in Nordrhein-Westfalen. Für nicht-kriminelle rechtsextreme Aktivitäten gibt es nur wenige, verstreute Chroniken, zum Beispiel von Endstation Rechts oder Thüringen Rechtsaußen.

Wer diese Daten zusammenführen möchte, muss erhebliche Überschneidungen zwischen parlamentarischen Anfragen und zivilgesellschaftlichen Chroniken auf verschiedenen Ebenen bereinigen: zwischen parlamentarischen Anfragen auf Bundes- und Landesebene, zwischen Chroniken aus der Zivilgesellschaft auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene und zwischen parlamentarischen Anfragen und Chroniken allgemein. Ein vielversprechendes journalistisches Projekt zur Visualisierung lokaler rechtsextremer Aktivitäten wurde inzwischen eingestellt – zu finden ist der (nicht aktualisierte) Atlas auf der Website rechtesland.de. Für einzelne Forschende ist eine solche Aufarbeitung ohne spezielle Förderung nicht leistbar.

Der vom Bund finanzierte Forschungsverbund MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung), an dem auch das WZB beteiligt ist, will seit 2019 Daten zu rechtsextremer Gewalt für die Wissenschaft nutzbar

machen. Doch selbst über dieses Programm sind Daten zu rechtsextremer Gewalt nicht uneingeschränkt zugänglich, da das Bundeskriminalamt selbst dem Datenschutz unterworfen ist, die Daten also nicht auf kommunaler Ebene ausgegeben oder ausgewertet werden dürfen. Diese restriktive Praxis behindert den wissenschaftlichen Austausch und verhindert die umfassende Nutzung vorhandener Daten. Auch gibt es kein vergleichbares Projekt für nicht-kriminelle rechtsextreme Aktivitäten. Paradoxe Weise werden so der Öffentlichkeit Informationen vorenthalten, die über parlamentarische Anfragen bereits öffentlich vorliegen oder jederzeit veröffentlicht werden könnten. Diese Problematik gilt nicht nur für Daten zu politisch motivierter Kriminalität. Bereits vor 2020 empfahl der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), dass Forschung einen geregelten und gesicherten Zugang zu strafrechtlichen Daten generell und insbesondere, aufgrund der hohen gesellschaftlichen Relevanz, zu den Da-

ten zu politisch motivierter Kriminalität erhalten soll. Als Hindernis wurde dabei vor allem der hohe Programmieraufwand identifiziert, nicht etwa Geheimhaltungsbelange.

Faktisch verfügen Kriminal- und Verfassungsschutzämter über ein Monopol auf die systematische Auswertung lokaler Daten zum Rechtsextremismus für interne Zwecke, während die breite Öffentlichkeit nur eingeschränkten Zugang zu den zugrunde liegenden Informationen hat. Ein umfassendes Bild der Vorfälle und Strukturen in der eigenen Gemeinde zu gewinnen, erfordert erheblichen Aufwand, für Lokalpolitiker*innen, Journalist*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Wissenschaftler*innen und Bürger*innen gleichermaßen. Unabhängige Analysen sind dadurch eingeschränkt. Überdies wird es schwer, kritisch zu kontrollieren und zu kommentieren, wie rechtsextreme Aktivitäten von staatlicher Seite eingeschätzt werden. ●

Literatur

Benček, David/Strasheim, Julia: „Refugees Welcome? A Dataset on Anti-Refugee Violence in Germany“. In: *Research & Politics*, 2016, Jg. 3, H. 4. DOI: 10.1177/2053168016679590.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *Kümmerer vor Ort? Rechtsextremistische Kleinparteien und ihr vermeintlich soziales Engagement*. Köln 2019.

Dancygier, Rafaela/Egami, Naoki/Jamal, Amaney/Rischke, Ramona: „Hate Crimes and Gender Imbalances“. In: *American Journal of Political Science*, 2021, Jg. 66, S. 501–515. DOI: 10.1111/ajps.12595.

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD): *Weiterentwicklung der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistik in Deutschland*. RatSWD Output, 2020, Jg. 7, H. 6. DOI: 10.17620/02671.46.

Rees, Jonas H./Rees, Yann P. M./Hellmann, Jens H./Zick, Andreas: „Climate of Hate: Similar Correlates of Far Right Electoral Support and Right-Wing Hate Crimes in Germany“. In: *Frontiers in Psychology*, 2019. DOI: 10.3389/fpsyg.2019.02328.

Politik er-zählbar machen

Seit fast 50 Jahren analysiert das Manifesto-Projekt Wahlprogramme

Wie steht es um die parlamentarischen Demokratien weltweit, welche Entwicklungen gibt es? Für die vergleichende Beobachtung braucht es Daten, viele Daten. Und die liefert seit Jahrzehnten das Manifesto-Projekt. Akribisch werden hier Wahlprogramme aus aller Welt gelesen und ausgewertet, ein unschätzbar wertvoller Datensatz für die politische Wissenschaft. Einige Zahlen sollen das Mammut-Projekt anschaulich machen. *Ein Beitrag des Manifesto-Teams*

1979 entstand im European Consortium of Political Research die Manifesto Research Group – eine der wichtigsten Innovationen in der vergleichenden Politikwissenschaft.

Das Projekt wurde von Ian Budge initiiert, zu den Gründungsmitgliedern zählten Hans-Dieter Klingemann, David Robertson und Derek Hearl. Der Beitrag dieser Gruppe ist doppelt bahnbrechend. Erstens hat sie konzeptionell eine neue Perspektive auf den Parteienwettbewerb entwickelt: Ihre Arbeit geht davon aus, dass Parteien nicht nur durch politische Positionen zueinander im Wettbewerb stehen, sondern auch durch die jeweils unterschiedliche Betonung von Themen. Zweitens hat die Gruppe dieses Konzept anwendbar gemacht – durch ein international vergleichendes Messinstrument. Die Aussagen in den Wahlprogrammen werden 56 unterschiedlichen Politikzielen zugeordnet. Bereits in der frühen Phase der Gruppe wurden

mehr als 1.000 Wahlprogramme in 19 Ländern für den Zeitraum 1945 bis 1983 erschlossen und kodiert. Zentrale Ressourcen gab es kaum, die Arbeiten wurden dezentral organisiert und von Länderteams lokal finanziert. Das änderte sich 1989/90. Aus der Manifesto Research Group wurde das Comparative Manifestos Project (CMP), angesiedelt am WZB und geleitet von Hans-Dieter Klingemann. Mit den neuen Möglichkeiten expandierte das Projekt und erfasste auch die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas. Ab 2009 wurde das Projekt durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert, nunmehr als MARPOR-Projekt (Manifesto Research on Political Representation) unter der Leitung von Andrea Volkens. Seit 2024 wird das Manifesto-Projekt in Kooperation vom WZB und dem Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen (IfDem) institutionell finanziert. Die erfassten Daten sind öffentlich zugänglich und werden weit über die Politikwissenschaft hinaus genutzt.

286 Expert*innen weltweit erschlossen über die Jahre die Wahlprogramme.

Unser Datensatz umfasst 5.285 kodierte Wahlprogramme. Dass es so viele sind, verdanken wir der Kodierarbeit von 286 Länderexpert*innen. Diese sprechen die Landessprache und sind mit der politischen Situation des Landes vertraut, zum Beispiel weil sie dort aufgewachsen sind oder seit vielen Jahren dort leben. Die meisten von ihnen kodieren nicht nur einmal für das Manifesto-Projekt; häufig werden mehrere Wahlen von einer Person bearbeitet, die diese Aufgabe beispielsweise neben ihrem Studium oder ihrer Promotion übernimmt. Die Kodierer*innen durchlaufen ein umfassendes Training, bei dem sie mit dem Kategorienschema (siehe 504) vertraut gemacht werden. Damit ihre Arbeit reibungslos funktioniert und aus

der Kodierung ein leicht zugänglicher und variabel nutzbarer Datensatz entsteht, braucht es zusätzlich ein größeres Kernteam. Das besteht aus der Leitung des Projekts, einer Reihe wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen und studentischen Hilfskräften. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen übernehmen zum Beispiel das Training und die Betreuung der Kodierer*innen, die Ausgestaltung der Kodierverträge, die Beantwortung von Nutzer*innenanfragen, die Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur oder die externe Kommunikation in den sozialen Medien. Die studentischen Hilfskräfte sammeln die Wahlprogramme und überprüfen die Kodierung. Zählt man alle derzeitigen und ehemaligen Mitarbeiter*innen des Projekts zusammen, kommt man auf mehr als 40 Personen. Insgesamt ist es das Werk von mehr als 300 Personen, so einen großen Datensatz zu erstellen und regelmäßig zu aktualisieren.

2.000.000 Sätze sind bis heute digital verfügbar.

Um die Wahlprogramme inhaltsanalytisch auszuwerten, unterteilen wir sie zunächst in einzelne Aussagen. Wir nennen sie Quasisätze. Ein Quasisatz ist nie länger als ein natürlicher Satz, aber natürliche Sätze können mehrere Quasisätze enthalten. Nehmen wir den Satz: „Wir wollen den Kündigungsschutz ausweiten und fordern Dauermietverträge für alle.“ In diesem Satz stecken zwei unterschiedliche Forderungen und damit auch zwei Quasisätze. Im zweiten Kodierschritt wird jede dieser Aussagen einem Politikziel zugeordnet und mit dem entsprechenden Code versehen (siehe 504).

Insgesamt wurden im Rahmen des Projekts zwischen 1979 und heute bereits über 3 Millionen Quasisätze kodiert. Seit dem letzten Update unseres Corpus im September dieses Jahres

sind mehr als 2 Millionen davon in maschinenlesbarer Form für unsere Nutzer*innen zugänglich. Die Diskrepanz entsteht durch die lange Geschichte des Projekts. In den 1980er- und 1990er-Jahren wurden die Wahlprogramme noch auf Papier kodiert. Erst später haben wir die Kodierung am Computer eingeführt und wir sind noch immer dabei, alte Dokumente maschinenlesbar zu machen. Über unseren Corpus können nun also mehr als 2 Millionen Pläne, Versprechen, Forderungen durchforstet werden, mit denen Parteien in über 60 Ländern seit 70 Jahren um die Gunst der Wähler*innen warben und werben. Wer das selbst einmal ausprobieren möchte, kann das hier tun: https://visuals.manifesto-project.wzb.eu/mpdbshiny/cmp_dashboard_corpus/. Die Aussagen sind in über 40 Sprachen verfasst. Den größten Anteil machen spanischsprachige Aussagen aus, die aus Spanien und den lateinamerikanischen Ländern stammen.

504 ist der am häufigsten vergeben Code, er steht für den „Ausbau des Sozialstaats“.

Parteien thematisieren vieles. Aber gibt es Schwerpunkte? Um das zu prüfen, untersucht das Manifesto-Projekt inhaltsanalytisch Wahlprogramme, indem es die Programme in Aussagen (Quasisätze) teilt und jede davon mit einem von insgesamt 56 Codes versieht. 504, der Ausbau des Sozialstaates, ist der Code, der bislang am häufigsten vergeben wurde. Mit 203.472 Quasisätzen macht der Code mehr als 10 Prozent aller Aussagen im Corpus aus (siehe 2.000.000). Der hohe Anteil zeigt zweierlei: Zunächst verbirgt sich dahinter eine inhaltliche Dimension. In praktisch allen OECD-

Ländern gehört der Etat für Sozialleistungen zu den höchsten. Selbst Parteien, die für den Abbau von Sozialleistungen eintreten, weisen häufig einen hohen Anteil von 504-Codes auf, weil dieses wichtige Themenfeld viele Wähler*innengruppen anspricht und deshalb vielfältig adressiert werden muss. Zum anderen sind manche unserer Kategorien sehr breit und werden deshalb häufiger verwendet. Unter 504 fallen zum Beispiel positive Aussagen zur Rentenpolitik, Gesundheitspolitik oder Leistungen für Kinder und Familien – Themen also, die in jedem Land und anhaltend relevant sind. Dies gilt auch für Kategorien wie „Gleichheit/Soziale Gerechtigkeit“ (503; 123.778 Quasisätze im Corpus) oder „Technologie & Infrastruktur“ (411; 161.653 Quasisätze im Corpus).

1.412 Parteien weltweit sind im Manifesto-Datensatz erfasst.

Weltweit treten in Demokratien zahllose Parteien an. Der Manifesto-Datensatz erfasst davon 1.412 aus 67 Ländern – ein breites Abbild des politischen Wettbewerbs. Aufgenommen werden Parteien, die Sitze bei einer Parlamentswahl oder 5 Prozent der Stimmen bei einer Präsidentschaftswahl gewonnen haben. Wie viele Parteien es pro Wahl ins Parlament eines Landes schaffen, variiert stark. Besonders aufwändig für uns sind zersplitterte Parteienlandschaften: in Spanien vor allem durch die Präsenz von rund 16 Regionalparteien, in Israel durch niedrige Sperrklauseln und häufige Wahlen. Mit 66 Parteien aus 25 Wahlen stammt die größte Anzahl unterschiedlicher Parteien in

unserem Datensatz aus Israel. Am anderen Ende des Spektrums stehen die Zweiparteiensysteme der USA und Maltas. In den USA haben es seit den 1950er-Jahren nur zwei Parteien in den Kongress geschafft. In Malta haben wir in 7 Wahlen seit 1966 nur Programme von 3 Parteien erfasst. Und wie sieht die Verteilung über die Parteienfamilien aus? Wenig überraschend lassen sich die meisten Parteien den Liberalen (269), Sozialdemokraten (222), Konservativen (199) und Sozialisten (173) zuordnen. Die 52 grünen Parteien bilden zwar in unserer Manifesto-Parteienlandschaft eine eher kleine Gruppe, haben dafür aber mit durchschnittlich 973 Quasisätzen die längsten Wahlprogramme (siehe 314). Damit bilden sie den Gegenpol zu den 39 Bauernparteien, die sich mit durchschnittlich 404 Quasisätzen nicht einmal halb so oft positionieren.

Im Manifesto-Kernteam arbeiten Denise Al-Gaddooa (IfDem), Raphael Döring (WZB), Simon Franzmann (IfDem), Sarah Hegazy (WZB), Magnus Hääl (IfDem), Christian Hellmold (IfDem), Pola Lehmann (WZB), Felicia Riethmüller (IfDem), Inola Scheel (WZB), Laura Visca (WZB), Bernhard Weßels (WZB) und Lisa Zehnter (WZB).
manifesto-communication@wzb.eu

314

Seiten umfasst das umfangreichste Wahlprogramm – das der belgischen Grünen von 2014.

Parteien bedeuten Vielfalt im politischen Angebot. Aber nicht nur das. Sie sorgen augenscheinlich auch für unterschiedlich umfangreiche Angebote. Das Wahlprogramm mit den meisten inhaltlichen Aussagen (Quasisätzen) ist das Wahlprogramm der grünen Partei Belgiens, Groen, aus dem Jahr 2014: Es umfasst 10.746 kodierte Quasisätze und 314 Seiten. Rein nach Seitenzahl gibt es noch längere Programme, allerdings enthält das Programm von Groen die meisten inhaltlichen Aussagen. Betrachtet man die Periode ab 2000, finden sich die durchschnittlich kürzesten Wahlprogramme in Lettland und der Ukraine, die längsten Programme werden in Belgien, Uruguay und Nor-

wegen veröffentlicht. Bisher weiß man noch wenig über die Gründe für diese Unterschiede. Ein Wahlprogramm kann aus inhaltlichen Erwägungen, aber auch aus reinen Stilgründen länger sein. Insgesamt zeigt sich jedenfalls ein Trend zu immer längeren Programmen. Während sie beispielsweise in den 1960er- und 1970er-Jahren im Durchschnitt zwischen 200 und 300 kodierbare Aussagen enthielten, liegt der Durchschnitt seit 2010 bei mehr als 1.000. Dies stellt uns vor neue Herausforderungen. Die Konvertierung in maschinenlesbare Dokumente und die Kodierung der Texte dauern länger. Andererseits bekommen wir so immer detailliertere Informationen darüber, wie Parteien zu verschiedenen Themen stehen, und können Parteipositionen immer nuancierter abbilden. ●

Literatur

Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric: Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998. Oxford: Oxford University Press 2001.

Lehmann, Pola/Matthieß, Theres/Regel, Sven/Weßels, Bernhard: Die Ampelkoalition: Wie wird aus unterschiedlichen Zielen ein gemeinsames Regierungsprogramm? Bielefeld: transcript Verlag 2022.

Lehmann, Pola/Franzmann, Simon/Al-Gaddooa, Denise/Burst, Tobias/Ivanusch, Christoph/Regel, Sven/Riethmüller, Felicia/Volkens, Andrea/Weßels, Bernhard/Zehnter, Lisa: The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR). Version 2025a. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/Göttingen: Institut für Demokratieforschung (IfDem) 2025. DOI: 10.25522/manifesto.mpps.2025a.

Lehmann, Pola/Franzmann, Simon/Al-Gaddooa, Denise/Burst, Tobias/Ivanusch, Christoph/Lewandowski, Jirka/Regel, Sven/Riethmüller, Felicia/Zehnter, Lisa: Manifesto Corpus. Version: 2025-1. Berlin: WZB Berlin Social Science Center/Göttingen: Institute for Democracy Research (IfDem) 2025.

Keine Zahl

Die Deutschen und das Tempolimit

Andreas Knie

Wer Auto fährt, kennt viele Zahlen zur Begrenzung der Geschwindigkeit: Auf französischen Autobahnen darf nicht schneller gefahren werden als 130 Kilometer pro Stunde, in Belgien sind es 120, in Albanien sogar nur 110. Überall auf der Welt sind diese „Nur-Autostraßen“ limitiert, selbst in den USA, dem „Land der Freiheit“, gelten strenge Tempolimits, die auch sehr genau kontrolliert werden. Nur bei uns nicht. In Deutschland gibt es keine Zahl. Warum ist das so? Fahren wir alle so gut und so vorausschauend Auto, dass wir diese Zahl nicht brauchen? Nein, in der Unfallstatistik befindet sich Deutschland im unteren europäischen Mittelfeld. Oder liegt es an der Lobby der deutschen Autoindustrie, die für die hohe Qualität der deutschen Fahrzeuge werben können will? Das streiten die Hersteller seit Jahren vehement ab. Tatsächlich werden drei Viertel der in Deutschland produzierten Autos in Länder mit strengen Tempolimits exportiert.

Die Antwort ist wohl in der Vergangenheit zu suchen und im besonderen Verhältnis der Deutschen zum Auto. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland überhaupt kein Autoland. Die USA, England, Frankreich und sogar Italien hatten alle viel mehr Autos. Erst die Nationalsozialisten begannen ab 1933 damit, das Auto systematisch zu fördern. Unter dem Motto „Kraftfahrt tut not!“ starteten sie ein gigantisches Programm zum Bau von fast 4.000 Kilometern Autobahn – obwohl es in Deutschland damals so gut wie keine Autos gab. Ein wichtiges Element zur Popularisierung des Autos und der Autobahnen war von Beginn an: kein Tempolimit, keine Zahl! Freie Fahrt für alle; bei der Massenmotorisierung sollten die europäischen Länder endlich eingeholt werden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb es im Westen bei der freien Fahrt. Bis heute scheint die Verkehrspolitik von der Überzeugung geprägt, Deutschland liege bei der Motorisierung immer noch weit zurück. Wir müssen folglich weiter kräftig Autobahnen bauen, die keine Tempolimits kennen. ●



Andreas Knie ist Leiter der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung am WZB, Professor für Soziologie an der Technischen Universität Berlin und Chief Scientific Officer der Choice GmbH. andreas.knie@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

Mehr ist nicht immer besser

Zum Verhältnis von Wochenarbeitszeit und Wohlergehen

Die Rechnung ist simpel: Je mehr Stunden wir arbeiten, desto mehr Geld verdienen wir. Doch diese Bilanz bildet nicht die Kosten ab, die lange Arbeitszeiten verursachen – gesundheitliche Belastungen für die Arbeitenden selbst und ihre Familien, Einschränkungen in der sozialen und politischen Teilhabe. Gibt es Schwellenwerte, ab denen Arbeit schadet? Jianghong Li hat sich auf die Suche gemacht.

Jianghong Li

Die Arbeitszeit wird zum Forschungsthema. Nicht nur Ökonominen, sondern auch Familiensoziologen, Gesundheitsforscherinnen und zunehmend Politikwissenschaftler befassen sich mit der Anzahl der Stunden pro Woche, in denen wir einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Denn diese Anzahl beeinflusst nicht nur das Einkommen, sie hat auch erhebliche Auswirkungen auf unsere eigene Gesundheit und die unserer Kinder, unser Privat- und Familienleben, unsere sozialen Kontakte und unsere politische Teilhabe.

Familiensoziologen fragen, wie die Arbeitszeit mit der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Familie zusammenhängt: Bereichern sich Arbeit und Familie oder steht beides im Konflikt miteinander? Wenn Zeit und Energie knapp sind oder Belastungen von einem Bereich auf den anderen übertragen werden, kann das Stress und Überlastung verursachen, die sich negativ auf Kinder auswirken. Menschen können aber aus ihrer beruflichen Rolle nicht nur Einkommen, zwischenmenschliche Fähigkeiten,

Bewältigungsstrategien und soziales Kapital gewinnen, sondern auch psychologische Ressourcen wie Arbeitszufriedenheit, Selbstwertgefühl und Optimismus. Diese Ressourcen verbessern sowohl die Arbeitsleistung als auch die Elternschaft. Unsere Forschung legt nahe, dass berufstätige Eltern und ihre Kinder von diesen Vorteilen profitieren, wenn die Arbeitszeit nicht übermäßig hoch ist und Zeitdruck ausgeglichen werden kann. Zum Konflikt kommt es, wenn die Kapazitäten der Eltern überstrapaziert werden und sie keine Ressourcen haben, die die zeitliche und kräftemäßige Belastung ausgleichen.

Auch Forschende, die sich mit der Gesundheit und der Entwicklung von Kindern befassen, betrachten Zeit als eine der vier entscheidenden familiären Ressourcen für eine optimale kindliche Entwicklung: neben Einkommen, Humankapital (wie Bildung) und psychischer Gesundheit. Eine Erwerbstätigkeit bringt Einkommen, sie kostet aber in anderen Bereichen familiäre Ressourcen, etwa Zeit, die für die Beschäftigung

mit Kindern und für Aktivitäten zur Verfügung steht, die deren Entwicklung fördern. Eine hohe Vollzeitbeschäftigung über lange Zeit hinweg kann besonders schädlich sein, da sie auch die psychische Gesundheit der Eltern als psychologisches Kapital beeinträchtigen kann, mit Folgen für die psychische Gesundheit der Kinder.

Auf dem Feld der Bevölkerungsgesundheit werden Arbeitsbedingungen wie lange Arbeitszeiten als soziale Einflussfaktoren für Gesundheit betrachtet. Lange Arbeitszeiten verursachen Müdigkeit und Stress, was das Risiko für psychische Probleme erhöht. Eine hohe Stundenzahl verringert außerdem die Zeit, die für die Förderung der Gesundheit durch angemessene körperliche Aktivität und gesunde Ernährung zur Verfügung steht. Für Politikwissenschaftler*innen schließlich ist freie Zeit eine notwendige Ressource für politische Partizipation – eine Ressource, die unter Vollzeitarbeit in der Regel leidet.

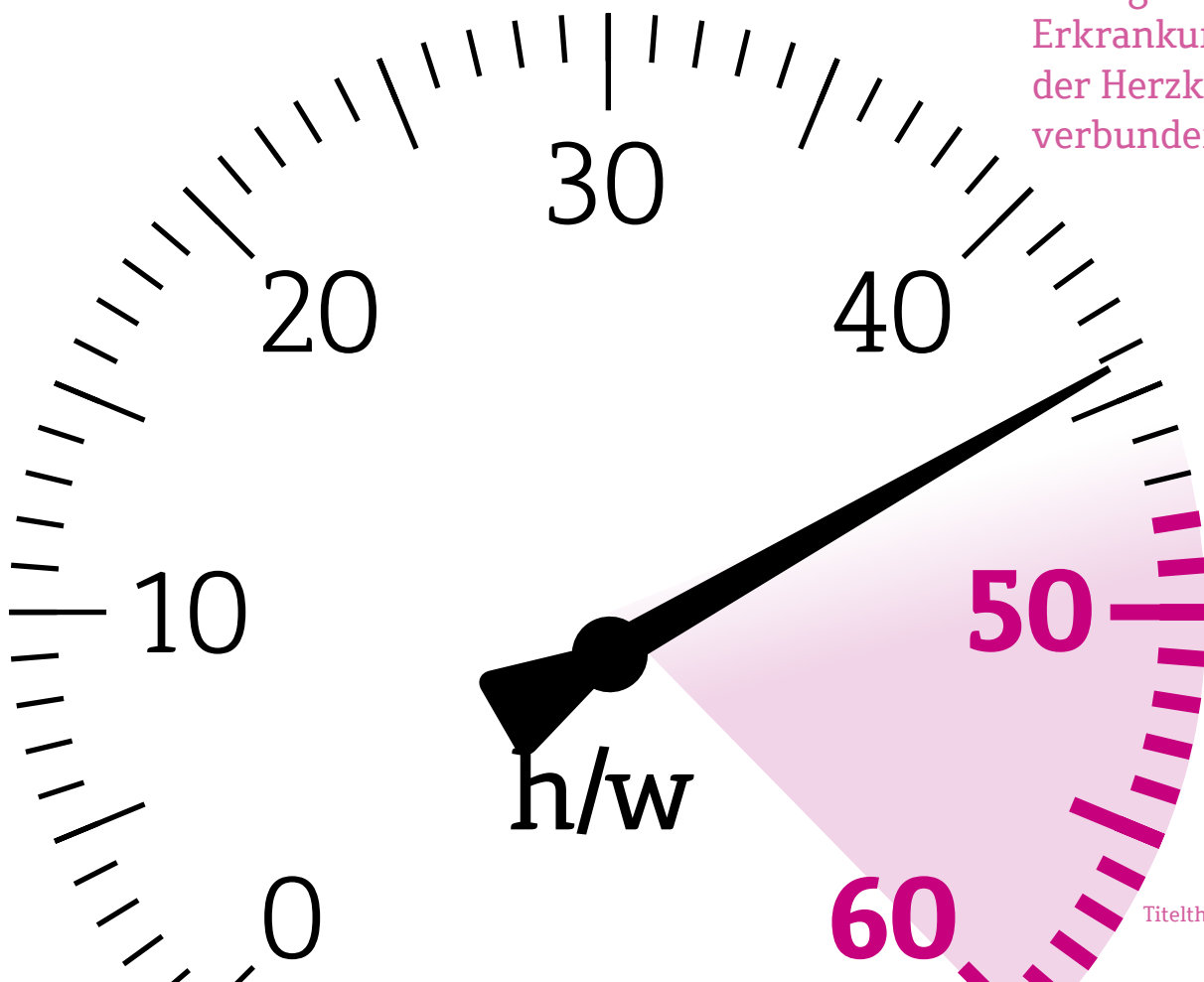
Eine theoretische Einsicht verbindet die Perspektiven all dieser Disziplinen auf Arbeitszeit: Zeit ist ein endliches Gut und dabei eine wichtige Voraussetzung für Gesundheit, Wohlbefin-

den und Teilhabe. Wenn sie in einem Bereich wie eben der Arbeit verbraucht wird, steht sie für andere Bereiche (Familienleben, Gesundheit, politische Teilhabe) weniger oder gar nicht mehr zur Verfügung. Daraus ergibt sich eine wichtige Frage: Wie viel Zeit sollten wir der Erwerbsarbeit widmen? Können wir ein ausgewogenes Verhältnis finden? Anders ausgedrückt: Gibt es eine optimale Schwelle für die wöchentliche Arbeitszeit, bei der wir das Beste aus beiden Welten haben können?

Empirische Belege deuten auf unterschiedliche Schwellenwerte hin. Es kommt darauf an, ob es um Gesundheit oder um Teilhabe geht, welche Bevölkerungsgruppen und welche nationalen Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden als Schwellenwert festgelegt, ab dem das Risiko für verschiedene Gesundheitsprobleme steigt.

Eine Wochenarbeitszeit von mehr als 48 Stunden definiert sie folglich als „lange Arbeitszeit“. Mika Kivimäki und Kolleg*innen haben 2014 in einer groß-

Sie konnten nachweisen, dass eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden oder mehr mit einem höheren Risiko für Schlaganfälle und Erkrankungen der Herzkranzgefäße verbunden ist.





Jianghong Li ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Themen Sozialstaat und soziale Ungleichheit. jianghong.li@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

angelegten Studie zahlreiche Daten von Bevölkerungsgruppen in Europa, den USA und Australien ausgewertet. Sie konnten nachweisen, dass eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden oder mehr mit einem höheren Risiko für Schlaganfälle und Erkrankungen der Herzkranzgefäße verbunden ist. Die im selben Jahr durchgeführte Studie von Akira Bannai und Akiko Tamakoshi zeigt einen viel niedrigeren Schwellenwert: Ihnen zufolge steigt bei mehr als 40 Arbeitsstunden pro Woche das Risiko für psychische und physische Gesundheitsprobleme wie Depressionen, Angstzustände, Schlafstörungen und Herzerkrankungen.

Die Australische Arbeitsökonomin Huong Dinh und ihre Kolleg*innen haben unterschiedliche Schwellenwerte für die wöchentliche Arbeitszeit von Männern und Frauen ermittelt. Anhand einer Analyse umfangreicher und national repräsentativer Haushaltspaneldata in Australien (HILDA) zeigen sie, dass die psychische Gesundheit bei einer Arbeitszeit von 43,5 Stunden pro Woche bei Männern zu leiden beginnt – bei Frauen sind es 38 Stunden. Ein wichtiger Grund dafür, dass die psychische Gesundheit berufstätiger Frauen bereits bei einer geringeren Arbeitszeit als bei berufstätigen Männern zu leiden beginnt, ist, dass berufstätige Frauen im Allgemeinen eine höhere unbezahlte Arbeitsbelastung im Haushalt tragen als Männer. Die unbezahlte Arbeit umfasst nicht nur die Kinderbetreuung – was inzwischen am

ehesten anerkannt wird –, sondern auch die Pflege älterer und kranker Familienmitglieder sowie Arbeiten im Haushalt. Das könnte auch erklären, warum Teilzeitarbeit bei Frauen in den meisten entwickelten Volkswirtschaften weit verbreitet ist und fortbesteht: Gesundheitliche Nachteile hindern Frauen daran, wie Männer Vollzeit zu arbeiten, und dies wird auch weiterhin so bleiben, solange sich die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen nicht ändert.

Untersuchungen in Australien, Deutschland und Kanada legen nahe, dass ein gewisser Umfang an Erwerbstätigkeit der Mutter für die Gesundheit ihrer Kinder von Vorteil ist, also besser als keine Erwerbstätigkeit oder lange Arbeitszeiten. In Deutschland haben wir anhand von Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) festgestellt, dass eine Wochenarbeitszeit der Mutter von mehr als 35 Stunden mit einem höheren Body-Mass-Index bei Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren verbunden ist. In Westaustralien haben wir für Kinder im Alter von 2 bis 5 Jahren eine Wochenarbeitszeit der Mütter von 24 Stunden oder weniger als Schwellenwert für das optimale Körpergewicht der Kinder ermittelt. Bei älteren Kindern (im Alter von 8 bis 14 Jahren) schien eine mütterliche Wochenarbeitszeit von 35 bis 40 Stunden optimal zu sein – sowohl eine kürzere Arbeitszeit (1 bis 24 oder 25 bis 34 Stunden) als auch eine längere Arbeitszeit (41 Stunden oder mehr) waren mit einem Anstieg von Übergewicht und Fettleibigkeit bei den Kindern verbunden. Diese nichtlinearen Effekte waren in Familien mit niedrigem bis mittlerem Einkommen stärker ausgeprägt, insbesondere wenn auch die Väter lange Arbeitszeiten hatten (mehr als 45 Stunden pro Woche). Eine weitere australische Studie zeigt, dass sehr lange Arbeitszeiten der Väter (mehr als 55 Stunden pro Woche) vermehrt mit Verhaltensauffälligkeiten, Aggressivität und Hyperaktivität bei Jungen im mittleren Kindesalter in Verbindung standen.

Doch nicht nur auf die Gesundheit wirken sich lange Arbeitszeiten aus, sondern auch auf politische Teilhabe. Anhand von Daten des European Social Survey (ESS) aus 24 europäischen Ländern können wir zeigen, dass eine Wochenarbeitszeit von mehr als 45 Stunden mit einer geringeren Wahlbeteiligung bei Frauen mit hohem und niedrigem beruflichen Status verbunden ist. Bei Männern mit dem niedrigsten beruflichen Status ist eine lange Arbeitszeit

ebenfalls mit einer geringeren Wahlbeteiligung verbunden. Es gibt auch Belege für die naheliegende Vermutung, dass lange Arbeitszeiten die Zeit und Energie einer Person für ehrenamtliches Engagement verringern. Beispielsweise nehmen vollzeitbeschäftigte Frauen seltener an bürgerschaftlichen Aktivitäten teil als Frauen, die in Teilzeit arbeiten.

Trotz solider Belege für die gesundheitlichen Schäden und negativen sozialen Auswirkungen langer Arbeitszeiten beobachten wir weltweit einen steigenden Trend zu langen Arbeitszeiten. In den Industrieländern arbeiten 23,4 Prozent der Männer in formeller Beschäftigung und 31,6 Prozent der Männer in informeller Beschäftigung mehr als 48 Stunden pro Woche. Weltweit arbeitete 2019 etwa ein Drittel der

Erwerbsbevölkerung mehr als 48 Stunden pro Woche (etwa 40 Prozent der Männer und 20 bis 30 Prozent der Frauen). Diese Zahlen mögen überraschen – sie kommen daher, dass ein großer Teil der Erwerbsbevölkerung weltweit in den Ländern Asiens und des Pazifikraums lebt, wo in der Regel mehr als 48 Stunden pro Woche gearbeitet wird. Es ist höchste Zeit, dass Politik und Unternehmen Wirtschaftswachstum und Produktivität überdenken und nachhaltig gestalten. Eine gesundheitlich eingeschränkte und sozial entfremdete Erwerbsbevölkerung wird weder produktiv sein noch in der Lage, auch künftig Wachstum und Wohlstand aufrechtzuerhalten. Es braucht eine menschen- und familienzentrierte Arbeitskultur und Arbeitspolitik – und innovativere, flexiblere politische Ideen. ●

Literatur

Dinh, Huong/Strazdins, Lyndall/Welsh, Jennifer: „Hour-Glass Ceilings: Work-Hour Thresholds, Gendered Health Inequities“. In: *Social Science & Medicine*, 2017, H. 176, S. 42–51.
DOI: 10.1016/j.socscimed.2017.01.024.

Kivimäki, Mika/Jokela, Markus/Nyberg, Solja T/Singh-Manoux, Archana/Fransson, Eleonor I/et al.: „Long Working Hours and Risk of Coronary Heart Disease and Stroke: A Systematic Review and Meta-Analysis of Published and Unpublished Data for 603.838 Individuals“. In: *The Lancet*, 2015, H. 386, S. 1739–1746. DOI: 10.1016/S0140-6736(15)60295-1.

Li, Jianghong/Giebler, Heiko/Wetter, Rebecca/Kenyon Lair, Hannah/Ellingwood, Julia: „Unequal Electoral Participation: The Negative Effects of Long Work Hours and Unsociable Work Schedules in Europe“. In: *European Journal of Politics and Gender*, 2023, Jg. 6, H. 1, S. 92–113.
DOI: 10.1332/251510821X16602019188175.

Li, Jianghong/Kaiser, Till/Pollmann-Schult, Matthias/Strazdins, Lyndall: „Long Work Hours of Mothers and Fathers Are Linked to Increased Risk for Overweight and Obesity among Preschool Children: Longitudinal Evidence from Germany“. In: *Journal of Epidemiology and Community Health*, 2019, Jg. 73, H. 8, S. 723–729. DOI: 10.1136/jech-2018-211132.

Li, Jianghong/Akaliyski, Plamen/Schäfer, Jakob/Kendall, Garth/Oddy, Wendy H./Stanley, Fiona/Strazdins, Lyndall: „Non-Linear Relationship Between Maternal Work Hours and Child Body Weight: Evidence from the Western Australian Pregnancy Cohort (Raine) Study“. In: *Social Science & Medicine*, 2017, H. 186, S. 52–60. DOI: 10.1016/j.socscimed.2017.05.046.

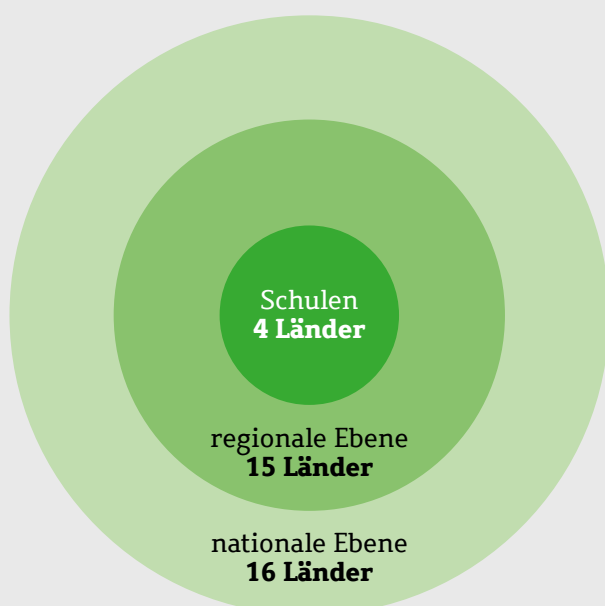
Mehr oder weniger

Reproduktionspolitik in Zahlen

Politische Rahmenbedingungen wirken mit, wenn es darum geht, ob Menschen Kinder bekommen oder nicht. Seit Anfang 2025 stellt die International Reproduction Policy Database, angesiedelt am WZB, Daten aus 34 Ländern und 41 Jahren zur Verfügung, die die Forschung zu Demografie, sozialer Ungleichheit und öffentlicher Gesundheit auf ein neues Level heben. Die Daten beleuchten 5 Politikfelder – 5 beispielhafte Erkenntnisse. *Anna Kluge, Rohan Khan, Mio Tamakoshi und Hannah Zagel*

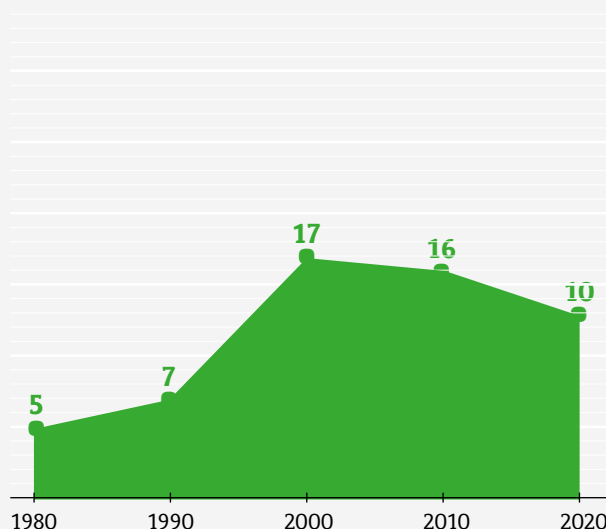
Sexualerziehung

2020 lag die Verantwortung für Lehrpläne in Sexualerziehung auf dieser Ebene:



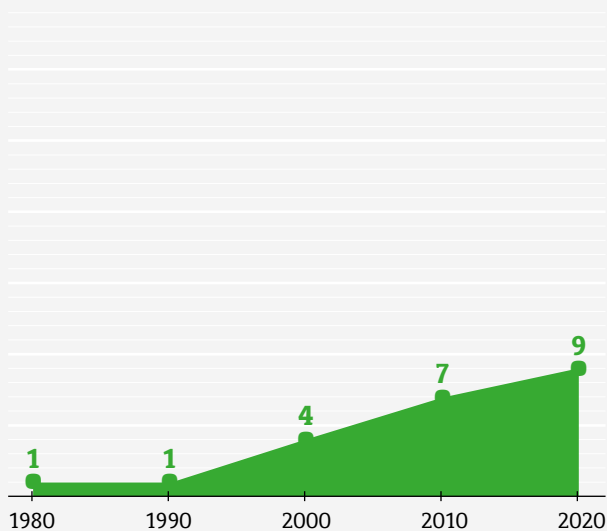
Verhütung

Anzahl der Länder, in denen die „Pille danach“ ärztlich verschrieben werden muss:



Reproduktions- medizin

Anzahl der Länder, in denen mehr als drei Zyklen von Kinderwunschbehandlungen vom öffentlichen Gesundheitssystem bezahlt werden:



Schwangerschafts- fürsorge

2020 wurden in so vielen Ländern Schwangerschaften betreut durch:



Ärzt*innen **in 1 Land**



Krankenpfleger*innen **in 8 Ländern**



Hebammen **in 3 Ländern**



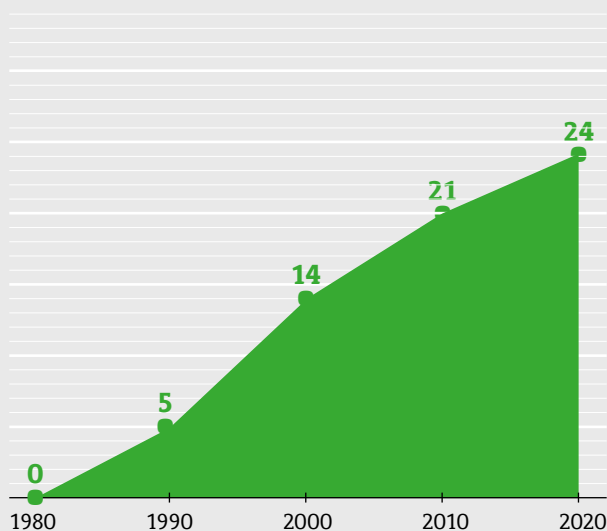
Krankenpfleger*innen und Hebammen **in 5 Ländern**



Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen oder Hebammen **in 12 Ländern**

Schwangerschafts- abbruch

Anzahl der Länder, in denen der medikamentöse Schwangerschaftsabbruch legal ist:



Anna Kluge, Rohan Khan und Mio Tamakoshi sind wissenschaftliche Mitarbeiter*innen in der Emmy-Noether-Forschungsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes: Institutions, Norms and Social Inequality* am WZB.

Hannah Zagel leitet die Forschungsgruppe. hannah.zagel@wzb.eu

Informationen zur International Reproduction Database (IRPD) finden sich unter: <https://irpd.wzb.eu/>

Die Daten sind verfügbar beim GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: https://search.gesis.org/research_data/SDN-10.7802-2623



Spur der Zahlen

Google Trends verrät Muster der Nutzung von KI

Seit der Einführung von ChatGPT im November 2022 steigt das Interesse an KI-gestützten digitalen Assistenten weltweit stetig. Millionen Menschen nutzen diese Werkzeuge täglich zum Schreiben, Programmieren, Recherchieren. Aber wie lässt sich systematisch erfassen, wie ChatGPT im Alltag verwendet wird? Eine vermeintlich einfache Frage, doch sie stellt die empirische Sozialforschung vor Herausforderungen.

Alexander Dicks

Daten zur Nutzung künstlicher Intelligenz können über Befragungen erhoben werden. Dabei wird eine Stichprobe von Menschen direkt nach ihrem Nutzungsverhalten gefragt: Wie oft wird KI eingesetzt? In welchen Situationen? Und mit welchen Zielen? Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass neben dem reinen Nutzungsverhalten auch Einstellungen und Motive abgebildet werden können. In Panelstudien wie dem Nationalen Bildungs-

panel (NEPS) sind zudem wiederholte Erhebungen möglich, so lassen sich Veränderungen im Zeitverlauf beobachten. Allerdings bringen Befragungen auch einige Herausforderungen mit sich: Antworten können verzerrt sein, der Aufwand für groß angelegte Umfragen ist immens, und die Veröffentlichung braucht Zeit.

Eine weitere Datenquelle sind Angaben der KI-Unternehmen selbst. Verschiedene Firmen veröffentlichen Nutzerzahlen, doch sind diese Daten selten für die Wissenschaft frei zugänglich. Häufig werden sie selektiv kommuniziert, oftmals geleitet von strategischen Interessen.

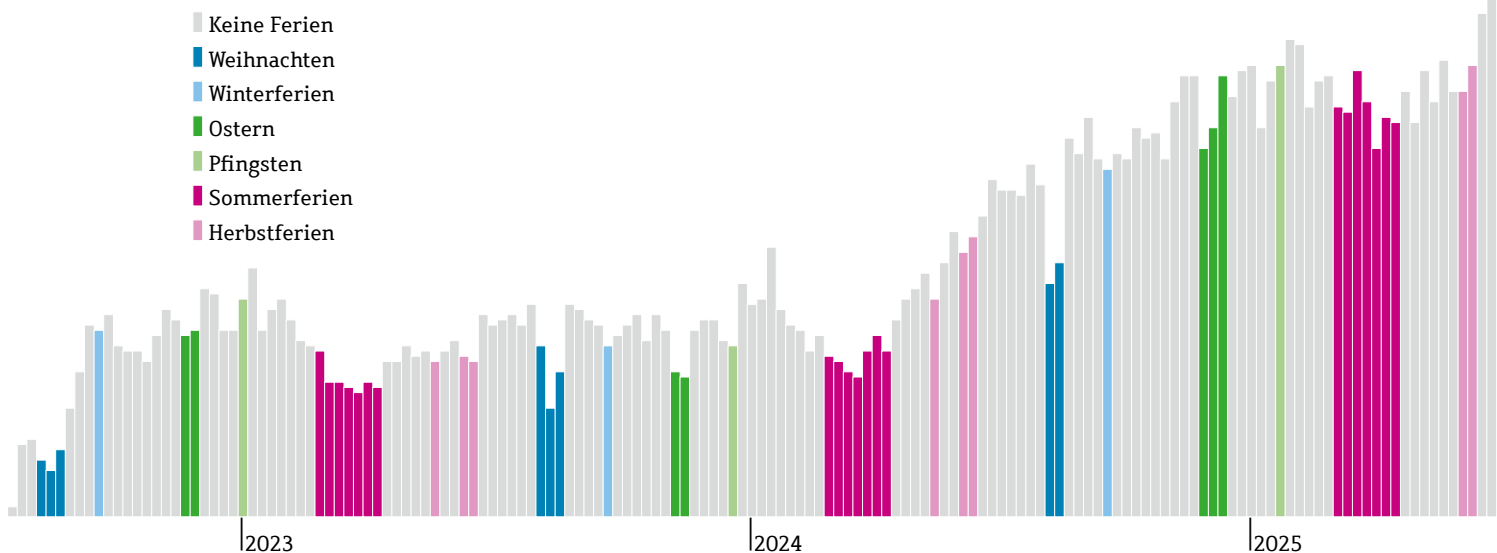
Eine dritte Möglichkeit bieten digitale Spuren – also Datenspuren, die Nutzerinnen und Nutzer im Netz hinterlassen. Ein Beispiel hierfür sind die öffentlich zugänglichen Daten von Google Trends. Dieses Tool erfasst, wie oft innerhalb eines bestimmten Zeitraums und einer bestimmten Region nach bestimmten Begriffen gesucht wird, jeweils relativ zur Gesamtzahl aller Suchanfragen. Die Werte sind zwischen 0 und 100 standardisiert, wobei 100 den Höhepunkt des Suchinteresses markiert. Google Trends ist öffentlich zugänglich, bietet langfristige und international vergleichbare Daten und eignet sich besonders zur Analyse zeitlicher Muster auf gesellschaftlicher Ebene.



Alexander Dicks ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen.
alexander.dicks@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

ChatGPT-Suchrends und Schulferien – Berlin



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten von Google Trends

Ein aufschlussreiches Beispiel für diese Art der Analyse bietet die Beobachtung der Google-Trends-Daten für den Suchbegriff „ChatGPT“. Hier wird im Zeitraum von 2023 bis 2025 ein bemerkenswertes saisonales Muster sichtbar. Die Abbildung zeigt die Daten für das Bundesland Berlin – für jedes andere Bundesland ließe sich Ähnliches darstellen. Zunächst ist zu sehen, dass das Suchinteresse immer noch steigt: Im Jahr 2025 war es fast doppelt so groß wie noch 2023 und 2024. Gleichzeitig lässt sich durch die Einfärbung der Ferien erkennen, dass vor allem in der Sommer- und Weihnachtsferienzeit die Nutzung deutlich niedriger ist als in den Wochen davor oder danach. Während der Schulferien sinkt das Suchinteresse um durchschnittlich 6,5 Prozentpunkte im Vergleich zur vorherigen Woche, in der keine Ferien waren. Dieses Ergebnis erscheint naheliegend, aber es hätte durchaus anders ausfallen können. Das Suchinteresse hätte auch während der Ferien ansteigen können – das hätte bedeutet, dass ChatGPT zum Beispiel eher zur Freizeitgestaltung als für Hausaufgaben eingesetzt wird. Die Daten legen aber den Schluss nahe, dass vor allem die Schularbeit ein zentrales Motiv für die Nutzung von ChatGPT darstellt, und zwar so stark, dass es das Gesamtinteresse während der Ferien merklich beeinflusst.

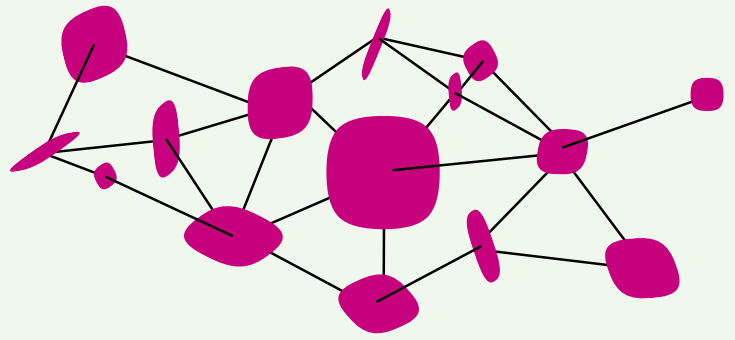
Bemerkenswert ist zudem, dass sich dieser „Ferieneffekt“ von 2023 bis 2025 noch verstärkt hat: Lag die Verminderung des Suchinteresses zwischen der Woche davor und dem Ferienanfang 2023 noch bei circa 4,5 Prozent, so wuchs diese im Jahr 2025 auf 8 Prozent an. Das deutet

darauf hin, dass ChatGPT zunehmend von Schüler*innen und Lehrkräften genutzt wird, offenbar stärker als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Hätte sich der Ferieneffekt hingegen abgeschwächt, könnte man daraus schließen, dass sich KI-Assistenten wie ChatGPT breiter in der Gesamtbevölkerung etabliert hätten.

Digitale Spuren wie die von Google Trends ermöglichen es der Forschung, kollektive Verhaltensmuster zu identifizieren, ohne auf aufwändige individuelle Datenerhebungen angewiesen zu sein. Die Analyse solcher Daten zeigt saisonale Muster im Informationsverhalten, lässt Rückschlüsse auf gesellschaftliche Nutzergruppen zu und erlaubt die Beobachtung langfristiger Trends bei der Anwendung von Technologien. Gleichzeitig müssen jedoch die methodischen Grenzen deutlich benannt werden: Google Trends misst das Interesse an ChatGPT, nicht die tatsächliche Nutzung. Es werden zusammengefasste Daten abgebildet, nicht das Verhalten einzelner Personen. Für die Sozialwissenschaften bleiben digitale Spuren wie jene von Google Trends dennoch eine interessante Informationsquelle als sinnvolle Ergänzung zu Befragungen. Sie bilden eine wertvolle Grundlage für die Entwicklung empirisch fundierter Hypothesen über Veränderungen im digitalen Alltag. ●

Literatur

Stephens-Davidowitz, Seth: Everybody Lies: Big Data, New Data, and What the Internet Can Tell Us About Who We Really Are. New York: HarperCollins 2017.



„The Future of Democracy?“

1st Annual Interdisciplinary WZB Conference

120 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mehr als 70 Präsentationen, 3 Keynotes und 2 Paneldiskussionen im Plenum: Die Dimensionen waren groß, und ebenso groß war die zentrale Frage, die der Ersten Interdisziplinären WZB-Jahreskonferenz zugrunde lag: Welche Zukunft hat die Demokratie? Die Konferenz, angeregt von WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln und von ihr gemeinsam mit den Abteilungsdirektoren Daniel Ziblatt und Michael Zürn geplant, stand ganz in der Tradition der problemorientierten Grundlagenforschung. Es ging nicht nur um eine Analyse des Zustands heutiger Demokratien, sondern immer auch um die Suche nach Handlungsmöglichkeiten. Wie lassen sich Demokratien stärken? Welche Hebel können genutzt werden, um ihre Widerstandskraft zu erhöhen und langfristig Stabilität zu gewährleisten?

*Eindrücke, gesammelt von
Nicola Fuchs-Schündeln, Daniel Ziblatt, Michael Zürn,
Katinka von Kovatsits und Gabriele Kammerer*

Kämpferischer Optimismus

Beto O'Rourke und Anna Lührmann im transatlantischen Gespräch

Draußen strahlte das Brandenburger Tor unter den Scheinwerfern des Festival of Lights. Und drinnen ging es ums Ganze. Beto O'Rourke, führender Politiker der US-Demokraten, diskutierte mit Anna Lührmann, ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, über die gegenwärtigen Bedrohungen der Demokratie. Ein Rückblick auf die Eröffnungsveranstaltung zur Ersten Interdisziplinären Jahreskonferenz des WZB in der Akademie der Künste.

Anna Lührmann, Anna Sauerbrey und Beto O'Rourke auf dem Podium in der Akademie der Künste



Nicht nur in der Gegenwart sind die Parallelen zwischen Europa und den USA deutlich erkennbar: das Erstarken autoritärer Bewegungen, die Aushöhlung demokratischer Institutionen, der Bedeutungsverlust von Vernunft und Wissenschaft. Beto O'Rourke zeigte sich tief beeindruckt von der nahegelegenen Ausstellung „Topographie des Terrors“, die er mit seiner Frau besucht hatte. In seinem persönlichen Blog schreibt er darüber: „Es ist eine Sache, aufkommenden Faschismus und Autoritarismus und den drohenden Zusammenbruch unserer konstitutionellen Republik zu beobachten, während wir in Texas dagegen arbeiten. Es ist eine ganz andere Sache, darüber nachzudenken, während man durch eine Stadt läuft, die genau dies erlebt hat und verzweifelt versucht, diese Geschichte zu erzählen.“



Am Abend skizzierte O'Rourke die besorgniserregende Lage der Demokratie in den USA – und sparte nicht mit Kritik an der eigenen Partei: Es sei beispielsweise nicht gelungen, die eindeutigen Erfolge der Biden-Regierung in Sa-

chen Klima und Infrastruktur klar zu kommunizieren. Heute fehle es an Führung in der demokratischen Partei. Die im Jahr 2026 anstehenden Kongresswahlen sieht er aber als große Chance, Donald Trump zu stoppen.

Im Blick auf die Lage in Deutschland äußerte sich Anna Lührmann ebenfalls besorgt. Sie hob das rasante Voranschreiten des autoritären Populismus hervor, betonte aber auch die große Zahl engagierter Menschen und die vielfältigen Formen



Sie haben die Konferenz organisiert: Daniel Ziblatt, Michael Zürn und Nicola Fuchs-Schündeln



von links: Daniel Zibblatt, Amy O'Rourke, Beto O'Rourke, Anna Lührmann, Martin Sonnenschein (Verein der Freunde des WZB), Nicola Fuchs-Schündeln, Michael Zürn, Anna Sauerbrey, Robert Benson (Center for American Progress)

des Widerstands, die Hoffnung geben. Die Grünen-Politikerin sprach sich für ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD aus, um der Partei öffentliche Gelder und institutionelle Privilegien zu entziehen.

Die beiden Stimmen des Dialogs, der von Moderatorin Anna Sauerbrey („Die ZEIT“) professionell moderiert wurde, einte nicht nur der nüchterne Blick auf die Situation. Der Abend war geprägt von kämpferischem Optimismus. „Wie viele Generationen haben die Chance, ihr

Land zu retten?“, fragte Beto O'Rourke. Und einhellig war auch der Aufruf zu besserer Kooperation über den Atlantik hinweg. Nur durch stärkere Allianzen progressiver Kräfte könne den autoritären Tendenzen entschieden entgegengetreten werden.

Bereits am Morgen hatten Forschende des WZB die Gelegenheit, mit Beto O'Rourke und seiner Frau sowie Robert Benson vom Center for American Progress ins Gespräch zu kommen. Mit großer Neugier diskutierten die amerikanischen Gäste die aktuellen Befunde der hiesigen Forschenden: Es ging um die Bedeutung von Geschichte und Erinnerung für politisches Handeln in der Gegenwart, um die Normalisierung der extremen Rechten durch die Medien, Erhalt und Zerfall der vielbeschworenen „Brandmauer“, Erfolgsfaktoren progressiver Protestbewegungen, die Notwendigkeit klarer politischer Kommunikation und die wirtschaftlichen Folgen demokratischer Rückschritte. Auch die Rolle öffentlicher Dienstleistungen als Fundament einer demokratischen Kultur wurde eingehend erörtert.



von links: Robert Benson, Daniel Zibblatt, Vanessa Boese-Schlosser, Nicola Fuchs-Schündeln, Daniel Saldivia Gonzatti, Amy O'Rourke, Beto O'Rourke, Berenike Firestone, Christian Rauh, Michael Zürn, Teresa Völker, Ana Helena Palermo Kuss

„The Future of Democracy?“

Highlights der Ersten Interdisziplinären Jahreskonferenz am WZB

Das Fragezeichen im Konferenztitel rief auch pessimistische Deutungen auf den Plan. Steht etwa in Frage, dass Demokratie als gesellschaftliche Organisationsform eine Zukunft hat? Im besseren Fall wurde das Fragezeichen als Signal der Offenheit gelesen: Welche Zukunft hat die Demokratie? Und als Aufruf zur Suche: Wie lassen sich Demokratien stärken?

Eine Antwort auf diese Frage könnte im Bereich der öffentlichen Infrastruktur liegen. Das legte jedenfalls die einführende Keynote von Catherine E. De Vries, Politikwissenschaftlerin an der Bocconi University (Mailand), nahe. Sie stellte die Frage, ob wir uns in einem Teufelskreis befinden: Bedingen sich nicht der Entzug öffentlicher Dienstleistungen und die politische Destabilisierung durch Kräfte außerhalb des politischen Mainstreams gegenseitig? Wird öffentliche Infrastruktur vernachlässigt, stärkt das populistische Kräfte, was wiederum die Finanzierung öffentlicher Investitionen verteuert, da die Märkte unruhig werden. In ihrem Vortrag, der persönliche und wissenschaftliche Elemente vereinte, zeigte sie, wie populistische Bewegungen in Europa wachsen: Die unzureichende Versorgung mit Leistungen der öffentlichen Hand verstärke bei vielen Menschen das Gefühl von Benachteiligung – besonders dann, wenn rechte Parteien „Einheimische, denen der Service zusteht“, ausspielen gegen „Migranten, die diesen nicht verdienen“.

Rechtspopulistische Parteien verknüpfen die Angst vor Versorgungslücken oder persönliche Erfahrungen des Mangels mit Kritik an Einwanderung.

Sie schüren damit Anti-Eliten-Gefühle und sprechen tief verwurzelte Vorurteile an. Die Angst, dass der Kuchen nicht für alle reicht, vertieft die gesellschaftliche Spaltung. Die etablierten Parteien können nur schwer dagegen vorgehen: Investitionen in öffentliche Dienstleistungen verbessern die Daseinsfürsorge erst mit der Zeit, führen also nicht zu schnellen Erfolgen und somit zu Wählerstimmen. Das Fazit von Catherine E. De Vries ist klar: Die angemessene Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ist nicht nur aus sozialer und ökonomischer Perspektive





von links:
Paul Pierson,
Chloe Thurston,
Jacob S. Hacker,
Daniel Benjamin

wichtig, sie entfaltet vielmehr eine entscheidende politische Wirkung. Eine gute lokale Daseinsvorsorge und ein handlungsfähiger Staat tragen maßgeblich zur Stabilität demokratischer Systeme bei und helfen, populistische Bewegungen einzudämmen. Das alles wird einfacher, wenn der Kuchen wächst.

Ein „sea change“ – ein grundlegender Wandel – habe das politische Leben in den USA erschüttert, betonte Jacob S. Hacker, Politikprofessor an der Yale University. Nichts sei mehr wie zuvor. Diese Dramatik prägte das gesamte Panel, in dem drei Politikwissenschaftler*innen aus den USA versuchten, die aktuellen politischen Entwicklungen ihrer Heimat zu erfassen und mögliche Zukunftsszenarien zu skizzieren.

Moderator Daniel Benjamin, Präsident der American Academy in Berlin, fragte seine Landsleute: „Was beunruhigt Sie am meisten?“ Chloe Thurston vom Institute for Policy Research an der Northwestern University nannte Einsätze von Militär in amerikanischen Städten als eine der größten Sorgen. Diese Einsätze können auch friedliche Proteste gefährlich machen, was den zivilgesellschaftlichen Widerstand erschwert. Jacob S. Hacker sprach vom „weaponized state“ und kritisierte das weitgehende Fehlen kollektiver Gegenwehr gegen die Erosion demokratischer Strukturen (der Protest von 7 Millionen Menschen gegen „King Trump“ ereignete sich erst ein paar Tage später). Paul Pierson, Professor für Politikwissenschaft an der University of California, Berkeley, konstatierte einen „totalen Kollaps des formalen Schutzes von Institutionen“, das Ende der „checks and balances“, die das politische System traditionell stabilisieren. Die Folgen sind gefährlich. Donald Trumps Beispiel zeigt, wie

schnell demokratische Institutionen umgebaut werden können, wenn populistische Kräfte an die Macht gelangen. Und der Rückbau ist schwierig. Die MAGA-Bewegung ist längst nicht mehr besonders populär, aber sie ist besonders mächtig.

Einen optimistischeren Ton schlug Christopher Andrew Bail, Professor für Soziologie, Computer- und Politikwissenschaften an der Duke University, in seiner Keynote an. Während sich die sozialwissenschaftliche Forschung häufig auf die Risiken und Herausforderungen neuer Technologien – insbesondere der Künstlichen Intelligenz – konzentriert, plädierte er dafür, auch positive Nutzungsmöglichkeiten verstärkt zu erforschen. In den USA werden zum Beispiel immer mehr Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen im digitalen Raum belästigt. Als Beispiel für ein Trigger-Thema nannte Bail das Recht auf Waffenbesitz. Zugleich nimmt der persönliche Austausch an gemeinsamen Orten – in Sportvereinen, Gewerkschaften oder Nachbarschaftstreffs – ab. Lässt sich dieser Austausch auch online herstellen? Können wir neue Technologien positiv nutzen, indem wir etwa durch Interventionen in Chats das Abdriften in toxische Kommunikation verhindern?

Das interdisziplinäre „Polarization Lab“ unter der Leitung von Bail führte innovative Experimente mit Künstlicher Intelligenz durch. Dabei zeigte sich: Die Technologie kann genutzt wer-



den, um Online-Dialoge auch zu kritischen Themen höflicher zu gestalten; das Verständnis für die Position der anderen Seite wächst. Dies ist nicht nur im Labor der Fall, sondern auch im Feld: Ein Beispiel ist ein Experiment auf der Plattform „Nextdoor“ – in Deutschland vergleichbar mit „nebenan.de“ –, bei dem eine sogenannte kindness intervention den Nutzenden alternative Formulierungen vorschlug. Diese waren bei gleichbleibendem Inhalt höflicher und wertschätzender als die ursprünglichen Beiträge. Viele Nutzer der Plattform nahmen die Vorschläge an, und Verstöße gegen die Plattformregeln sanken um 15 Prozent. Zwischenmenschlicher Stress im digitalen Miteinander lässt sich also sehr wohl reduzieren. In der angeregten Diskussion wurde auch kritisch auf Machtstrukturen und die Möglichkeit der Manipulation hingewiesen. Klar ist aber, dass sich die Sozialwissenschaften der Erforschung neuer Technologien nicht verschließen dürfen. Denn einen Weg zurück wird es nicht geben.

„Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre Art unglücklich.“ Das bekannte Tolstoi-Zitat wandte Timothy Besley, Professor für Wirtschaft und Politikwissenschaften an der London School of Economics, auf Staaten an: Wenig funktionsfähige Staaten unterscheiden sich stärker voneinander als die prosperierenden. In seiner Keynote teilte er Staaten in drei Gruppen ein: Gemeinwohlstaaten, „Special-Interest-Staaten“ und schwache Staaten. In Gemeinwohlstaaten hat ein handlungsfähiger Staat die Interessen aller im Auge. Bei Special-Interest-Staaten leidet die Handlungsfähigkeit, Partikularinteressen setzen sich durch. In der dritten Gruppe ist der Staat kaum handlungsfähig, Konflikte nehmen überhand. Durch die zunehmende Polarisierung und ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen wie die Klimakrise oder Globalisierung wird die staatliche Handlungsfähigkeit weltweit herausgefordert. Dabei zeigen sich zwei klare Muster. Das Vertrauen in den Staat und die Unterstützung der Demokratie hängen zentral vom Wirtschaftswachstum ab. Und: Jüngere Generationen vertrauen dem Staat weniger als ältere. Beschränkungen der Exekutive sind wichtig für funktionierende Demokratien und auch für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wohlergehen: Staaten mit schlecht funktionierenden politischen Kontrollmechanismen verzeichnen ein geringeres Wachstum, eine niedrigere Lebenserwartung und mehr politische und militärische Konflikte.



Der Zusammenhang zwischen politischer Stabilität und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ist komplex: Demokratie und Wachstum können sich gegenseitig befördern, aber auch hemmen.

30 Prozent. Diese Zahl verdeutlicht die zentrale Herausforderung, vor der demokratische Gesellschaften stehen. In vielen Ländern weltweit liegt das Wahlergebnis populistischer Parteien inzwischen auf diesem Level. Ein Drittel der Menschen ist also tief unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratien. Wie lässt sich dem entgegenwirken? Im Abschlusspanel trugen Pratap Bhanu Mehta, indisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und Public Intellectual von der Princeton University, und das Gastgeber-Trio Nicola Fuchs-Schündeln, Daniel Ziblatt und Michael Zürn die zentralen Erkenntnisse der Konferenz zusammen:

Der Staat muss öffentliche Güter bereitstellen. Er muss von den Bürgerinnen und Bürgern als zugänglich und handlungsfähig wahrgenommen werden, um ihre Unterstützung zu finden. Staatliche Leistungsfähigkeit bleibt somit ein zentraler Faktor für die Stabilität und Akzeptanz demokratischer Ordnung.

Viele Konferenzvorträge befassten sich mit dem Thema der Kommunikation. Extreme politische Standpunkte lassen sich in den sozialen Medien leichter verbreiten als differenzierte politische Aussagen. Die etablierten Parteien müssen mehr Wert auf eine effektive Kommunikation legen – und eben nicht nur in den traditionellen Medien. Autoritär-populistische Parteien zeigen, wie es geht: Sie investieren



enorme Anstrengungen in ihren Auftritt in sozialen Medien, um dort gezielt Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Dialog und Verständigung zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen bleiben essenziell. Allerdings ist ein solcher Dialog in digitalisierten Gesellschaften wesentlich schwieriger zu führen. Öffentliche Orte und auch die Bildungspolitik können dabei eine zentrale Rolle spielen. Ein offener Dialog über trennende Ideologien hinweg ist unverzichtbar, um der Polarisierung entgegenzuwirken. Die Frage bleibt, wie dieser Dialog gelingen kann.

Einigkeit herrschte darüber, dass traditionelle Kontrollmechanismen und „checks and balances“ heute nicht mehr so wirksam funktionieren wie in der Vergangenheit. Es bedarf innovativer Ansätze, um das politische System gegen neue Herausforderungen zu wappnen.

Dabei müssen die liberalen Demokratien vorausschauend handeln und ihre Widerstandsfähigkeit verbessern.

Stehen wir vor einer globalen Krise der Governance? Sowohl Demokratien als auch autoritäre Regime zeigen Schwächen und Verfallserscheinungen. Demokratien leiden unter stagnierendem Wachstum, Umverteilungskonflikten und wachsendem Nationalismus, und auch autoritäre Systeme sind mit der Sicherung ihrer Macht beschäftigt. Anders als frühere Krisen, die oft externe Ursachen hatten, sind die Herausforderungen heute tief in der Logik nationalen Regierens verfangen. Dies legt nahe, dass das Problem nicht nur in der Regierungsform, sondern auch auf der Regierungsebene zu suchen ist. Die globale Governance-Krise wird sicherlich auch auf der WZB-Jahreskonferenz 2026 ein Thema sein. ●

Fotos S. 30–32: © WZB/Bernhard Ludewig; S. 32 (unten)–36 © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

2. Interdisziplinäre WZB-Jahreskonferenz 2026: „Internationale Ordnungen“

Mit dem Amtsantritt von Nicola Fuchs-Schündeln als WZB-Präsidentin hat eine neue Tradition ihren Anfang genommen: Interdisziplinäre Jahreskonferenzen widmen sich den großen Themen unserer Zeit. Der Austausch zwischen verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen soll gestärkt werden – mit einem Format, das in den Sozialwissenschaft-

ten bislang noch selten ist. Die Veranstaltung findet künftig jedes Jahr im Oktober statt. Die nächste Konferenz zum Thema „Challenges to International Orders: Causes and Consequences“ ist für den 7. bis 9. Oktober 2026 geplant und wird von Nicola Fuchs-Schündeln gemeinsam mit Steffen Huck, Yasemin Soysal und Michael Zürn organisiert.

© Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

„Herr Ober, zahlen bitte!“

Ein Sommelier und ein Ökonom über das, was nach dem Essen kommt

In Restaurants ist es üblich, mehr als den Preis der soeben genossenen Mahlzeit zu bezahlen. Doch welchen Regeln, Motiven, Ritualen folgt das Trinkgeldgeben? Im Gespräch für die WZB-Mitteilungen begegnen sich Theorie und Praxis.

Paul Valentin Fröhling und Steffen Huck

Steffen Huck: „Herr Ober, zahlen bitte!“ Sagt das überhaupt noch jemand?

Paul Valentin Fröhling: Im Wiener Kaffeehaus sicherlich, aber in der gehobenen Gastronomie wirkt es abgedroschen. Ich habe das jedenfalls schon lange nicht mehr bei der Arbeit gehört. Stattdessen sagen die Gäste eher: „Wir würden dann die Rechnung nehmen.“ Oder sie machen das typische Handzeichen ...

Huck: Woher stammt das eigentlich?

Fröhling: Es stammt aus der Zeit, als man eine Rechnung, vor allem in Hotels, noch gegengezeichnet hat und sie nicht auf elektronischem Weg beglichen wurde. Mittlerweile ist diese Geste eine Art globales Piktogramm, sie funktioniert überall, was ziemlich praktisch ist. Und beim Zahlen mit Karte war die Unterschrift bis vor kurzem ja auch noch obligatorisch.

Huck: Ist das nicht unhöflich?

Fröhling: Im Gegenteil, es ist eher sehr diskret und höflich. Gerade im laufenden Betrieb vereinfacht es die Kommunikation, da sie nonverbal geschieht.

Huck: Unhöflich wird es dann eher beim Zahlen ...

Fröhling: Ich weiß nicht, ob unhöflich das richtige Wort ist. An der Oberfläche läuft das Bezahlen eigentlich immer sehr glatt ab. Oft legt der Gast seine Karte einfach zur Rechnung.

Huck: Der Rechnung liegt dann meistens ein Stift bei.

Fröhling: Genau. Der imaginäre Stift aus der Handgeste materialisiert sich.

Huck: Und lädt den Gast ein, auf die Rechnung ein Trinkgeld zu schlagen.

Fröhling: Genau, deswegen liegt er auch heute noch unaufdringlich dabei, selbst wenn der Bezahlvorgang mit der Eingabe der PIN am Terminal abgeschlossen wird, wir den Stift also nicht mehr für eine Unterschrift benötigen.

Huck: Das ist der Moment, über den ich eigentlich mit dir reden will.

Fröhling: Weil das auch für euch interessant ist?

Huck: Sehr sogar. Es ist ein Moment, in dem viele Elemente zusammenfließen, die ökonomisches Handeln prägen: Gegenseitigkeit, Eigennutz, kulturelle und soziale Normen. Hast du, als du von Berlin nach Basel gezogen bist, große Unterschiede bemerkt?

Fröhling: Nicht wirklich. Die Trinkgeldkultur ist an beiden Orten recht ähnlich. Wobei die Prozentpunkte in Basel ein wenig höher ausfallen. Was ich nach drei Jahren aber sagen muss, ist, dass die Wertschätzung in der Schweiz größer ist – unabhängig von der Höhe des Trinkgeldes.

Huck: Interessant.

Fröhling: Aber es gibt natürlich auch die Spanne von extremer Großzügigkeit bis hin zu gar keinem Trinkgeld.

Huck: Null?

Fröhling: Ja, auch das kommt vor. Das muss nicht zwingend daran liegen, dass der Service schlecht war, eher dass die Gäste vielleicht nicht gewohnt sind, Trinkgeld zu geben, da es in manchen Ländern in der Rechnungssumme enthalten ist. Oder sie übersehen die Möglichkeit oder sie sind nicht voll konzentriert.

Huck: Wir haben etwas Ähnliches mal in einem Spenden-Experiment mit der Bayerischen Staatsoper beobachtet. Da waren die Besucher eingeladen, beim Online-Checkout noch für das Kinder- und Jugendprogramm zu spenden. Das hat deutlich besser funktioniert, wenn sie nicht einfach auf „Weiter“ klicken konnten, sondern, falls sie nicht spenden wollten, eine von zwei Boxen anklicken mussten: „Nein danke, ich habe schon gespendet“ oder „Nein danke, ich will nicht spenden“.

Fröhling: Ihr habt die Leute gezwungen, in den Spiegel zu schauen.

Huck: Besser hätte ich es nicht sagen können. Die Oper hatte ja ohnehin Einsicht in das, was die Besucher gemacht haben. Es ging also nicht um das gesellschaftliche Image, sondern nur das Image, das man gezwungen wurde, von sich selbst zu haben. Es ging um das Eigenbild, du nennst es „Spiegel“.

Fröhling: Im Restaurant ist man beim Trinkgeldgeben aber natürlich einer anderen Situation ausgesetzt als beim Spenden. Durch die Anwesenheit der Servicekraft ist man einer gewissen Erwartungshaltung ausgesetzt, nämlich, ein der Serviceleistung angemessenes Trinkgeld zu zahlen.

Huck: Und dann gibt es noch den Druck der mittlerweile gängigen wählbaren prozentualen Anteile an der Gesamtsumme am Kartenterminal ...

Fröhling: Ganz genau. Die suggerieren unterbewusst einen Leitfaden für ein übliches Trinkgeld, je nach Zufriedenheit des Gastes sagen wir 10, 15 oder gar 20 Prozent. Oder den Button mit einem frei wählbaren Wert. Besonders das finde ich psychologisch spannend, obwohl der Gast im Restaurant meistens schriftlich oder mündlich einen Betrag definiert, bevor er das Kartengerät in der Hand hält.

Huck: Was ist denn das Nervigste?

Fröhling: Das „kleine Aufrunden“. Das passiert in Berlin und andernorts in Deutschland recht häufig. Da begleichen Gäste eine Rechnung über, sagen wir, 467 Euro und sagen: „Machen Sie 470.“

Huck: Und schauen dich mit Gönnermiene an?



Steffen Huck leitet die Forschungsprofessur Behavioral Economics and Human Agency am WZB. Von 2012 bis 2024 war er Direktor der Forschungsabteilung Ökonomik des Wandels. steffen.huck@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Fröhling: Auch das kommt vor. Oder dass das Trinkgeld eher ein Entledigen von Kleingeld wird.

Huck: Da heißt es dann die Contenance bewahren.

Fröhling: Allerdings. In solchen Situationen wäre mir gar kein Trinkgeld lieber.

Huck: Was geben die Gäste denn im Mittel?

Fröhling: Der Durchschnitt ist schwer zu berechnen, wegen der großen Varianz. Ich schätze aber so um die 7, 8 Prozent, je nach Höhe des Gesamtbetrags. Aber es gibt ja beim Trinkgeldgeben mehrere Varianten.

Huck: Du meinst, man fügt einen runden Betrag hinzu oder legt zur Karte einen Geldschein oder gibt einen bestimmten Prozentsatz?

Fröhling: Genau, das gibt es alles.

Huck: Lass uns das mal vergleichen.

Fröhling: Willst du jeweils den Durchschnitt oder was die Gäste ungefähr am häufigsten machen?

Huck: Touché. Der Punkt hätte von mir kommen sollen.

Fröhling: Ein bisschen was von Statistik muss man in meinem Beruf eben auch verstehen. Anders können wir die Preise gar nicht gestalten.

Huck: Was machen die Gäste in Basel am häufigsten? Und wie war das in Berlin bei Tim Raue und im Pauly Saal?

Fröhling: Die Digitalisierung schreitet voran, es wird mit dem Handy oder der Smartwatch bezahlt, und das Bargeld wird zunehmend „oldschool“. Wobei im Restaurant immer noch der Leitsatz gilt: „Nur Bares ist Wahres.“ Das muss





Paul Valentin Fröhling ist nach Jahren in Berlin seit 2022 Sommelier im Restaurant Stucki in Basel.
Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

halt nicht im selben Umfang versteuert werden. In Berlin war aber vor 5 bis 10 Jahren noch weitaus mehr Bargeld im Spiel.

Huck: Aber wenn: Um welche Scheine geht es dann typischerweise? Und wie vergleichen sie sich mit dem Trinkgeld nach Prozent?

Fröhling: Alles in allem fallen die Trinkgelder höher aus, wenn nach Prozenten gegeben wird. Die Nullen, also wenn es gar kein Trinkgeld gibt, müssen wir natürlich rausnehmen. Da ist es ja unklar, ob man die den prozentualen Trinkgeldern oder den Scheinen zurechnen soll.

Huck: Korrelieren die Trinkgelder denn mit etwas Äußerlichem? Jung versus alt, Anzug versus Jeans? Champagner versus Riesling?

Fröhling: Nein, absolut nicht. Wir hatten schon Gäste im Maßanzug, die den sogenannten Igel in der Tasche hatten, und Gäste im Freizeitlook, die ein Viertel der Gesamtrechnung draufgeschlagen haben.

Huck: Schon bemerkenswert, dass sich Großzügigkeit nicht von außen abschätzen lässt.

Fröhling: Ja, Kollegen, die meinen, das zu können, machen schwere Fehler.

Huck: Zwei Fragen hab' ich noch. Erstens: Was ist mit Stammgästen?

Fröhling: Manche Stammgäste geben unabhängig von der Höhe der Rechnung immer dieselbe Summe an Trinkgeld, auch dann, wenn sie statt zu zweit zu viert sind. Andere Stammgäste orientieren sich an den klassischen

10 Prozent, wobei auffällig ist, dass bei Stammgästen häufiger Bargeld zum Einsatz kommt.

Huck: Und eher nicht so kleine Scheine, nehme ich an.

Fröhling: Ja, aber auch nicht unbedingt systematisch größere.

Huck: Und was ist mit Problemgästen?

Fröhling: Was meinst Du mit „Problemgästen“? Da gibt es so viele Subkategorien.

Huck: Kann ich mir vorstellen. Lass mich versuchen, das näher einzugrenzen. Mich interessieren vor allem zwei Fälle: Gäste, die sich irgendwie danebenbenehmen, die laut oder unfreundlich sind. Und Gäste, die unglücklich sind, weil ihnen was nicht schmeckt oder weil es vielleicht an diesem Tag ein Gericht nicht gibt, das sie gerne bestellt hätten.

Fröhling: Also zur ersten Kategorie ... wenn wir „unfreundlich“ mal hinten anstellen, habe ich die Erfahrung gemacht, dass zum Schluss häufig ein recht großzügiges Trinkgeld bezahlt wird. Meine Vermutung ist, und das ist sicher auch in der Verhaltensökonomie spannend, dass die Gäste damit ihr, nennen wir es mal ausschweifendes Verhalten rechtfertigen wollen, es durch großzügiges Trinkgeld gleichsam legitimieren wollen. Auch der zweite Punkt ist spannend gewählt, denn in den meisten Fällen wirkt sich ein Gang, der nicht gefallen hat, nicht auf das Trinkgeld aus. Hier ist wichtig zu sehen, wie das Personal mit der Beschwerde umgeht. Wenn es etwa ein alternatives Gericht aus der Küche schickt, kann das Engagement des Service belohnt werden. So, jetzt will ich aber auch eine Frage stellen. Was machst du denn selbst?

Huck: Naja, du weißt ja, was ich damals gemacht habe, als du uns regelmäßig bei Tim Raue bedient hast.

Fröhling: Stimmt. Das war sehr konsistent. Du warst ein Gast mit einem Schein.

Huck: Ja, und damals immer mit dem gleichen. Unabhängig von der Rechnungssumme, weil ich dachte, eure Mühe sei unabhängig davon, ob ich eine teure oder billige Flasche bestelle. Aber ich habe inzwischen umgedacht.

Fröhling: Ich bin gespannt.

Huck: Das wirst du sehen, wenn ich euch endlich in Basel besuche. ●

Reden und Rechnen

Wie Sprachmodelle helfen, Politik im Parlament zu verstehen

Auch in den Debatten im Deutschen Bundestag folgt die Sprache bestimmten Trends. Wie setzen Politikerinnen und Politiker Sprache gezielt ein, um zu überzeugen? Um das herauszufinden, analysieren Forschende große Textmengen. Dabei spielen KI-basierte Sprachmodelle eine entscheidende Rolle, denn sie verwandeln Wörter in Zahlen. Greta Groß und Rebecca Kittel werfen einen Blick auf die stetig wachsenden Analysemöglichkeiten und ihre Fehlerquellen.

Greta Groß und Rebecca Kittel

Wussten Sie, dass Politiker*innen 1990 die Inhalte ihrer Bundestagsreden in deutlich komplexere Sprache verpackten als heute? Oder dass Politiker*innen immer dann über die Zukunft sprechen, wenn sie Regierungsverantwortung tragen, aber dieses Zukunftsinteresse schlagartig abnimmt, sobald die eigene Partei in der Opposition ist? Mit diesen und anderen Erkenntnissen beschäftigen sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich der politischen Kommunikation und der Parlamentsforschung.

Aber wie kommen wir eigentlich zu Erkenntnissen über Sprachkomplexität und Zukunftsrhetorik? Indem wir große Mengen an Text als Daten behandeln und automatisiert verarbeiten – durch sogenanntes Natural Language Processing. Seit der Einführung von computergestützten Analyseverfahren können Forscher*innen rhetorische Trends der Bundestagsdebatten quantitativ erfassen. Hierfür sind automatisierte Verfahren notwendig, denn die Zahl der Parlamentsbeiträge ist hoch. Mehr als 180.000 Reden wurden seit 1949 im Deutschen Bundestag gehalten – dazu kommen Unterbrechungen, Zwischenrufe und Kommentare sowie die An-

sprachen der Bundestagsvorsitzenden. Für die Untersuchung werden Protokolle der Sitzungen elektronisch zugänglich gemacht und daraus Text-Datensätze aller Bundestagsbeiträge erstellt, sogenannte Corpora. Die Elektronisierung der Texte ist aber nur der erste Schritt – darauf folgt die eigentliche Analyse.

Um zum Beispiel die Komplexität der Sprache im Parlament zu bestimmen, nutzen Forschende oft Lesbarkeitsindizes. Diese kommen ursprünglich aus der Bildungsforschung und messen die Komplexität eines Textes anhand der Länge der Sätze, also der Anzahl und Länge der Wörter, die oft als Anzahl der Silben klassifiziert werden. Rebecca Kittel hat in ihrer Forschung Parlamentsdebatten aus dem Deutschen Bundestag in einem Zeitraum von mehr als 30 Jahren analysiert und festgestellt, dass die Sprache heute grammatikalisch einfacher ist als noch in den 1990er-Jahren. Außerdem zeigt sie, dass es in vielen Fällen nicht populistische Akteure sind, die am einfachsten sprechen. Stattdessen spielen die individuellen Merkmale der Politikerinnen und Politiker, wie zum Beispiel Alter, Bildungsgrad oder Geschlecht, sowie die Prominenz der Themen eine wichtige Rolle.



Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Grundrechenarten genutzt, sondern nun können Wörter als Zahlen mathematisch komplexer abgebildet werden. Neben der Untersuchung von Themen und deren inhaltlicher oder zeitlicher Ausrichtung erlauben die methodischen Weiterentwicklungen der automatisierten Textanalyse immer mehr Forschung zur Einbettung von latenten Konzepten wie Emotionen in Texten. So zeigt Tobias Widmann, wie sich Emotionen im Klimawandel-Diskurs deutscher Parlamentarier*innen verändern – abhängig von politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Erderwärmung. Er untersuchte Bundestagsdebatten zum Ausbau von Windkraftanlagen und stellte fest: Je mehr Windräder gebaut wurden, desto negativer äußerte sich die AfD über dem Klimaschutz. Die Befunde legen nahe, dass sich die rechtsextremen Abgeordneten mit dieser Rhetorik an ihre Wähler*innen anpassten und gezielt negative Emotionen gegenüber dem Thema schürten.

[illegible]

Titelthema: Zahlen 43

zu klassifizieren. Allerdings müssen Forschende bei der Verwendung der Sprachmodelle ebenso wie in anderen Bereichen der automatisierten Textanalyse immer wieder auf die Validierung achten, also sicherstellen, ob die KI tatsächlich klassifiziert, was sie soll. ChatGPT denkt eben nicht, sondern erkennt Muster in der Sprache und leitet daraus Ergebnisse ab.

In den letzten Jahren lag ein starker Fokus der Parlamentsforschung auf Reden und ihrer inhaltlichen und stilistischen Analyse durch die oben erläuterten Sprachmodelle. Jetzt zeichnet sich allerdings eine neue Dimension der Analyse ab: Die meisten Reden in Parlamenten werden mittlerweile aufgezeichnet und online auf den jeweiligen Webseiten der Parlamente zur Verfügung gestellt. Durch neue Methoden der automatisierten Bildanalyse können Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler so nicht mehr nur die großen Mengen an Textdateien untersuchen, sondern auch das Videomaterial. Oliver Rittman analysierte zum Beispiel Videoaufzeichnungen von etwa 30.000 Reden aus dem Deutschen Bundestag im Zeitraum von 2011 bis 2020 und fand heraus, dass Politikerinnen und Politiker bei sprachlich komplexen Reden oft weniger gestikulierten als bei sprachlich weniger komplexen Reden. Die automatisierte Bildanalyse arbeitet mit ähnlichen Konzepten wie die automatisierte Textanalyse; anstelle von Wörtern werden hier Pixel in Zahlen umgewandelt, um dann mit ihnen rechnen zu können. Die automatisierte Analyse von Videos und Bilddateien steckt derzeit noch in den Kinderschuhen, sie findet aber immer mehr Beachtung in der Wissenschaft, auch über die Parlamentsforschung hinaus. Vor allem durch die große Relevanz von Social Media, auch für



Rebecca Kittel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin im ERC-Projekt *LOOPS* und Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Sie forscht zu politischer Kommunikation, Parlamenten und Wahlverhalten. rebecca.kittel@wzb.eu

Foto: © Tobias Koch, alle Rechte vorbehalten.

Politikerinnen und Politiker, wird die automatisierte Bild- und Videoanalyse immer mehr zunehmen. Nicht nur Parlamentsreden werden mittlerweile über offizielle Partei- oder individuelle Politiker*innen-Accounts auf TikTok oder Instagram geteilt, sondern auch Wahlkampfansagen oder Auftritte bei wichtigen Events. So können sie direkt mit ihrer Wählerschaft in Verbindung treten. Neben den Inhalten haben die Bilder ebenfalls einen Effekt auf die Zustimmung und den Erfolg von Politiker*innen. Für Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler wird es in Zukunft daher immer wichtiger, nicht nur die textbasierte Sprache von politischen Botschaften anzuschauen, sondern auch die Bildsprache als ein wesentliches Element zu berücksichtigen. ●

Literatur

Groß, Greta F.: Narrating for Democratic Resilience: Morality and Future Orientation in Political Communication. Hertie School, Ph.D. Thesis (im Erscheinen).

Kittel, Rebecca C.: „Simply Speaking? Language Complexity among (Non-)Populist Actors in Parliamentary Debates“. In: *Government & Opposition*, 2025, S. 1–31. DOI: 10.1017/gov.2025.4.

Rittmann, Oliver: A Measurement Framework for Computationally Analyzing Politicians' Body Language. 2024 DOI: 10.31219/osf.io/9wynp.

Widmann, Tobias: „Do Politicians Appeal to Discrete Emotions? The Effect of Wind Turbine Construction on Elite Discourse“. In: *The Journal of Politics*, 2025, Jg. 87, H. 1, S. 335–346. DOI: 10.1086/730742.

Europäischer Flickenteppich

Wie Städte und Länder digitale Plattformen regulieren

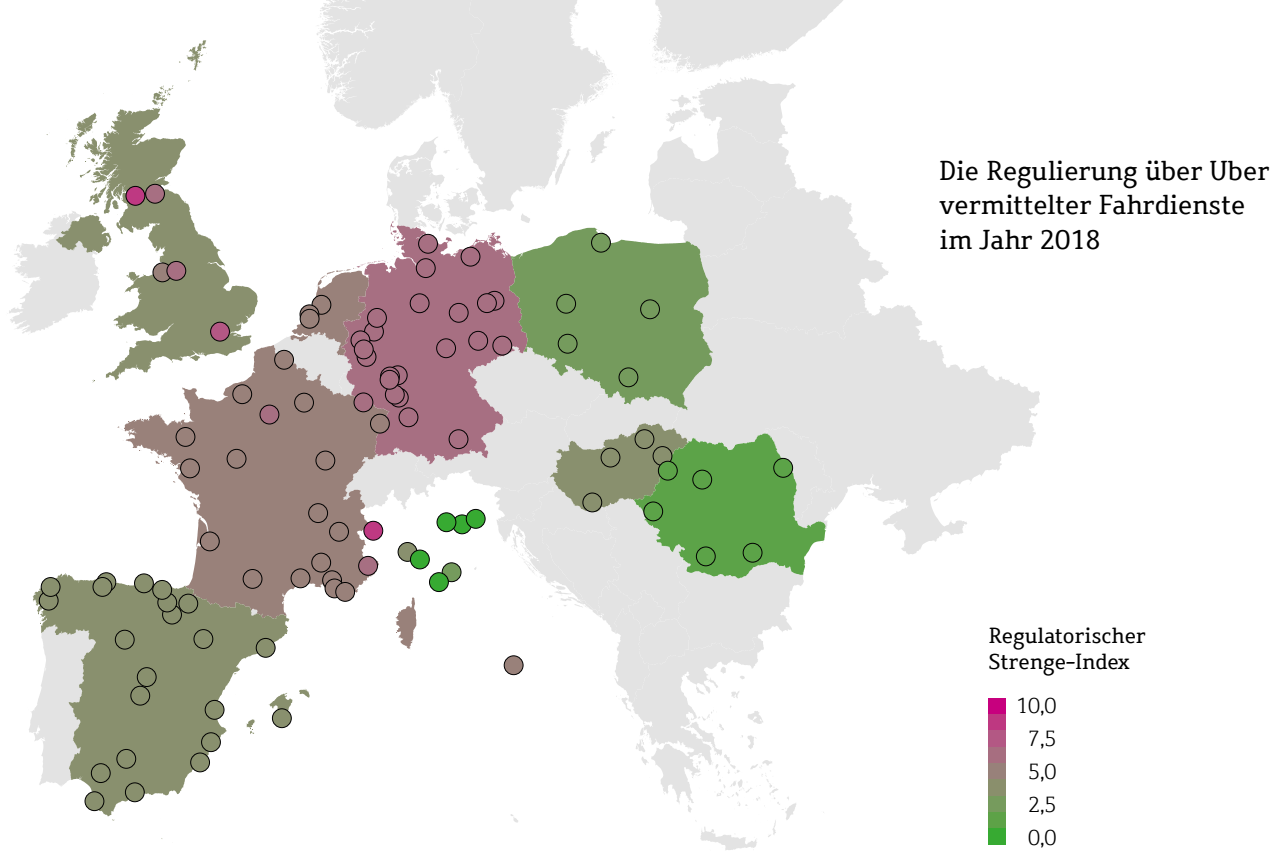
Digitale Plattformen wie Uber und Airbnb fordern die Transport- und Hotelindustrie heraus. Mit neuen Fahrdiensten und Übernachtungsangeboten stellen sie bestehende Regelwerke in Frage. Das Projekt „REGULATE: Recasting the Regulatory State?“ analysiert die Entstehung und Entwicklung von Plattformvorschriften in mehr als hundert europäischen Städten von 2014 bis 2022. Sichtbar sind gemeinsame Trends, aber auch signifikante Unterschiede zwischen Ost und West und innerhalb einzelner Länder. Und die erstaunliche Kreativität einzelner Städte.

Eduard-Alex Ciuhandu und Eliška Drápalová

Neue Plattformdienste treffen auf traditionelle Servicestrukturen. Das erfordert neue Regeln für die Servicemärkte. Diese Regeln beobachten wir in unserem Forschungsprojekt. In den letzten drei Jahren haben wir einen Index entwickelt, mit dem wir den Detailgrad und die Anzahl der Anforderungen beschreiben können, die in den jeweiligen Rechtsvorschriften festgelegt sind (Regulatory Strength Index, RSI). Der Index wird alle zwei Jahre aktualisiert und zählt die Anzahl der Aspekte und Verpflichtungen in lokalen Regelwerken, wobei eine Punktzahl von 0 bis 10 vergeben wird: Je höher die Punktzahl, desto anspruchsvoller der Regulierungsrahmen. Mit dem Index lassen sich lokale und nationale Unterschiede und ihre Entwicklung im Lauf der Zeit messen. Anschaulich wird diese Messung, wenn die Punktwerte in Farben übersetzt und auf eine Landkarte eingetragen werden. Zwei Beispiele für solche Heatmaps zeigen wir in diesem Artikel. Unsere Zahlen erzählen Ge-

schichten über die Verbreitung neuer Dienste in europäischen Ländern.

Mitte der 2010er-Jahre schockierte der Anbieter Uber die europäischen Fahrdienstmärkte. Wer immer einen Führerschein besaß, konnte über die App UberPop als FahrerIn oder Fahrer arbeiten. Die Plattform Uber stellte dies als eine Form des organisierten Trampens dar, was also nicht unter die traditionellen Transportvorschriften fällt. In Westeuropa folgten die ersten Reaktionen einem Muster: Taxiunternehmen waren empört, die Öffentlichkeit war besorgt um die Sicherheit, Regulierungsbehörden befürchteten unlauteren Wettbewerb und das Umgehen von Arbeitsgesetzen, und UberPop wurde schnell verboten. Mit Ausnahme von Frankreich, das UberPop durch ein spezielles Gesetz verboten hat, haben die meisten westeuropäischen Länder (nämlich Spanien, Italien, die Niederlande und Deutschland) UberPop durch Ge-



Quelle: REGULATE research project

rechtsbeschlüsse abgeschafft. Diese Beschlüsse besagen, dass durch die bestehenden Vorschriften für den öffentlichen Verkehr jeder neue, nicht regulierte Dienst illegal ist. Der überraschende Trend, Gerichte in die Einführung und Durchsetzung von Regeln einzubeziehen, fehlt im Osten des Kontinents vollständig.

Die Plattform reagierte überall in Westeuropa ähnlich auf das Verbot: Uber trat wieder in die Märkte ein, indem es bestehende Rahmenbedingungen einhielt, aber Dienstleistungen übernahm, die ursprünglich für andere Zwecke gedacht waren. In jedem westeuropäischen Land gab es mindestens einen taxiähnlichen Dienst, in der Regel Mietwagenfahrerinnen und -fahrer, die für Chauffeurfahrten gebucht wurden. Uber übernahm auch Dienste, die nicht für Plattformen konzipiert waren, und betrieb Lobbyarbeit zur Liberalisierung der Vorschriften – mit gemischtem Erfolg.

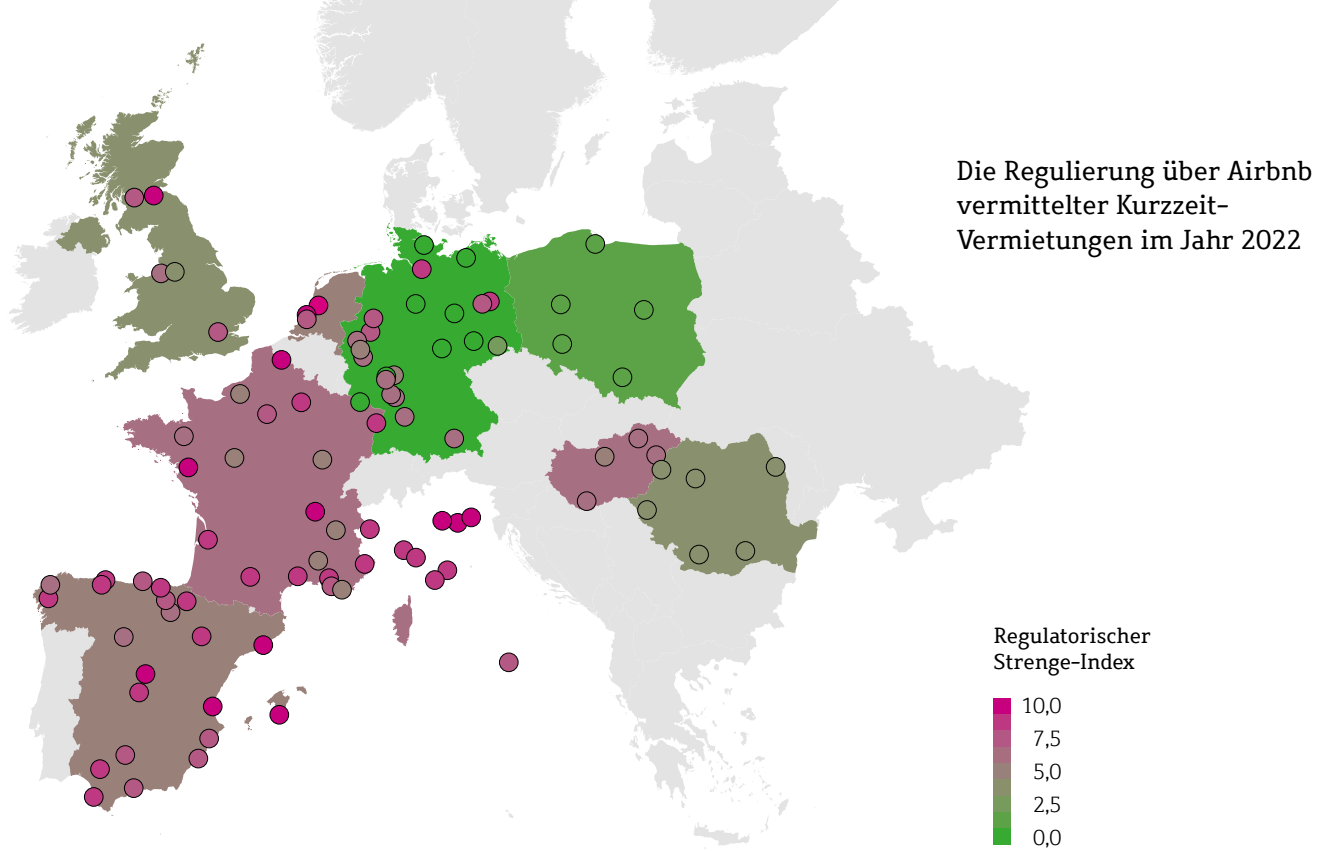
Osteuropa folgte einem anderen Muster: Die Einstiegsstrategie von Uber war zwar ähnlich, und auch hier reagierte die Taxi-Lobby mit Empörung, doch weder wurden Gerichte einbezogen, noch wurde Uber schnell verboten. Es herrscht allgemeine Verwirrung darüber, wie die Dienste von Uber einzustufen seien und ob das Argument von Uber gilt, man sei von den bestehenden Vorschriften ausgenommen. Für

die westeuropäischen Länder lässt sich aus unseren Daten keine klar parteipolitische Linie in der Regulierung von Plattformen zeigen. In Osteuropa hingegen scheint es einen Zusammenhang zwischen Weltanschauungen und der Haltung gegenüber Uber zu geben. Insbesondere in Rumänien haben liberale Politiker und Parteien, die von jüngeren Menschen aus dem städti-



Eliška Drápalová ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung am WZB. Gemeinsam mit Kai Wegrich leitet sie das von der DFG geförderte Projekt „REGULATE: Recasting the Regulatory State?“ zur Regulierung von Plattform-Unternehmen in Städten und Regionen der EU. eliska.drapalova@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.



Quelle: REGULATE research project

schen Raum unterstützt werden, die Argumentation von Uber übernommen und werben für die Notwendigkeit einer neuen Kategorie der Regulierung. Dieser Ansicht widersprach die sozialdemokratische Partei, die zu dieser Zeit eher euroskeptische Positionen vertrat und sich für den Schutz der nationalen Taxiindustrie und gegen den Einfluss ausländischer Unternehmen einsetzte.

In Rumänien und Polen befand sich Uber lange in einer Grauzone: Es war ungeklärt, ob das Angebot legal war oder nicht. Ende 2019 und Anfang 2020 haben beide Länder Uber schließlich durch die Einführung neuer Tätigkeits-Modelle einbezogen: „Nicht-Taxi-Transportdienst“ und „Transportvermittlung“ in Polen, „alternativer Transport“ in Rumänien. Der rechtliche Status von Uber war lange unklar, da Juristen, Politikerinnen, Polizei und Gerichte oft widersprüchliche Interpretationen lieferten. In der öffentlichen Debatte, insbesondere in Rumänien, fand die Darstellung von Uber Unterstützung bei der jüngeren, urbanen Bevölkerung und bei liberalen Politikern und Politikerinnen – ganz anders als in Westeuropa, wo die Plattform allgemein mit negativeren Reaktionen konfrontiert war. Innerhalb Europas gibt es also eine gewisse Spaltung, die möglicherweise mit eher neoliberalen Haltungen der jüngeren Generation in Osteuropa zusammenhängt. Sichtbar wird die

Spaltung an den unterschiedlichen Farben in Abbildung 1: heller, also liberaler im Osten, dunkler, also strenger reguliert im Westen.

Bei allen Unterschieden zwischen den EU-Regionen: Gemeinsam ist ihnen der begrenzte Einfluss der lokalen Politik auf die Uber-Regulierung. Sowohl in West- als auch in Osteuropa mangelt es an regulatorischer Kompetenz auf lokaler Ebene. Auch das wird in der Grafik sichtbar. Denn die Länder haben jeweils homogene Farben, da es keine unterschiedlichen Regulierungen auf lokaler Ebene gibt.

Im Blick auf Airbnb ergibt sich ein anderes Bild. Hier spielen Städte eine prominentere Rolle bei der Regulierung. Anders als bei Uber variiert bei Airbnb die Ebene der Regulierung stark, von nationalen Vorschriften in Osteuropa bis zu lokalen Vorschriften in Spanien. Während unseres gesamten Beobachtungszeitraums (2014–2022) fanden die Städte kreative Wege, um den lokalen Wohnungsmarkt zu schützen. In der Heatmap in Abbildung 2 zeigt sich die Eigenständigkeit der Städte darin, dass sie sich farblich von der Fläche des gesamten Landes abheben. Spanien ist führend bei der Regulierung von Airbnb: Obwohl die Städte hier bereits über umfangreiche Regulierungsbefugnisse verfügten, versuchten sie, diese durch Stadtentwicklungspläne noch auszuweiten. Städte wie Barcelona haben Kurzzeitver-

mietungen über Airbnb fast ganz unmöglich gemacht. Auch für Uber haben spanische Städte umfangreiche Vorschriften auf lokaler Ebene erlassen. Barcelona ist ein wichtiges Beispiel, da Uber hier de facto illegal wurde, weil die Stadt Vorschriften auferlegte, die unmöglich einzuhalten sind – zum Beispiel eine Mindestfahrzeuglänge von 4,90 Metern. Auch das Vereinigte Königreich weist lokale Besonderheiten auf.

In Deutschland arbeiten Kommunen eher regional zusammen. Die Bundesregierung reguliert Airbnb überhaupt nicht und überlässt es den Bundesländern, Rahmenvorschriften gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum zu schaffen. Die einzelnen Städte neigen dazu, Satzungen zu verabschieden, die genau denen der regionalen Ebene entsprechen; Innovation ist dort also kaum zu finden. Die einzige Ausnahme ist Lübeck, das wie einige spanische Städte Airbnb durch das Baurecht reguliert. Osteuropäische Städte hingegen sind von vornherein machtlos, da sie keine eigenen Vorschriften erlassen können. Krakau geht hier einen eigenen Weg: Die polnische Stadt hat eine Taskforce eingerichtet, um das Thema zu beobachten und Vorschläge zu entwickeln, und sie hat sogar begonnen, mit Airbnb zusammenzuarbeiten, um nachhaltigen Tourismus zu fördern. In Abbildung 2 stimmen in Westeuropa die Farben der Punkte nicht mit dem jeweiligen Hintergrund überein. Das zeigt, wie experimentierfreudig hier die Städte in Bezug auf Regulierungen von Airbnb waren. Anders sieht es im Osten aus, wo die Farbe der Städte genau derjenigen der Länder entspricht.

Auch mehr als zehn Jahre nach dem Aufkommen der Plattform-Ökonomie hat Europa also keinen einheitlichen Stil der Regulierung ge-



Eduard-Alex Ciuhandu ist studentische Hilfskraft der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit am WZB. eduard.ciuhandu@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

funden. Während Osteuropa den Ansatz von Uber begrüßt hat und eine neue Art von Dienstleistung legalisiert hat, hat Westeuropa ihn rundweg abgelehnt und Uber gezwungen, sich an bestehende Transportdienstleistungen anzupassen. Spanische Städte haben sich gegenüber Airbnb (und in einigen Fällen auch gegenüber Uber) als regulatorische Innovatoren erwiesen und kreative Wege gefunden, um beide Dienste in die Schranken zu weisen. Auch wenn sich Städte als experimentierfreudig und innovatorientiert gezeigt haben, müssen sie ihr Verhalten an die mehrstufige Struktur der jeweiligen nationalen Systeme anpassen. Die Rahmenbedingungen ändern sich stetig: Neue Regierungen werden gewählt, und seit 2024 gilt EU-weit der Digital Services Act. Der RSI ermöglicht es uns, genau zu beobachten, wie sich das auf die Regulierung digitaler Plattformen auf kommunaler Ebene auswirken wird. ●

Literatur

Aguilera, Thomas/Colomb, Claire/Artoli, Francesca: Housing Under Platform Capitalism. The Contentious Regulation of Short-Term Rentals in European Cities. Berkeley: University of California Press 2025.

Drápalová, Eliška/Wegrich, Kai: „Tightening the Regulatory Grip. Local Regulatory Stringency and Sectoral Platform Regulation in EU Cities“. In: Regulation & Governance, 2025. DOI: 10.1111/rego.70077.

Thelen, Kathleen: „Regulating Uber: The Politics of the Platform Economy in Europe and the United States“. In: Perspectives on Politics, 2018, Jg. 16, H. 4, S. 938–953. DOI: 10.1017/S1537592718001081.

Mehr als nur Technik

Worauf es bei der Einführung von KI in Unternehmen ankommt

Mit dem Auftauchen von ChatGPT ist Künstliche Intelligenz endgültig im Alltag der meisten Menschen angekommen. In beruflichen Zusammenhängen allerdings stoßen die neuen Technologien oft auf Angst und Ablehnung. Wie kann die Einführung von KI gelingen? Was fördert Akzeptanz? Mario Michael Ottaiano hat zwei Fallbeispiele untersucht – in der Produktion und in der Verwaltung – und Schlüsse daraus gezogen.

Mario Michael Ottaiano

Ohne digitale Tools und Systeme ist der Arbeitsalltag nicht mehr vorstellbar. Dass in letzter Zeit vor allem vom Abbau von Arbeitsplätzen gesprochen wird, wenn es um die Digitalisierung geht, hat fraglos mit der Verbreitung Künstlicher Intelligenz zu tun. Dabei ist zu erwarten, dass zumindest mittelfristig nicht weniger, sondern mehr Arbeit nötig sein wird, um digitale Technologien wie generative KI – also KI, die selbst Inhalte hervorbringt – produktiv in die Unternehmen zu bringen. Der Arbeitssoziologe Florian Butollo etwa betont die „Rebound Effects“ von Automatisierungstechnologien: Die Einführung, die Anwendung und die Wartung der Systeme im Störfall erzeuge permanent neue Arbeit.

Ob KI von Beschäftigten akzeptiert wird, hat aber nicht nur mit solchen allgemeinen Überlegungen zu tun. Vielmehr ist entscheidend, wie das einzelne Unternehmen die neuen Tools einführt. Laut einer Untersuchung des US-amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) scheitern 95 Prozent aller Pilotprozesse zur Einführung von generativer KI in Unternehmen. Das liege auch an der Technik an sich, also zum Beispiel an fehlenden Speichermöglichkeiten oder der mangelnden Anpass-

barkeit an bestehende Arbeitsprozesse. Entscheidend sei vor allem, wie die Technologie ins Unternehmen kommt.

Da Beschäftigte mittlerweile privat umfangreiche Erfahrungen mit ChatGPT und anderen Anwendungen gesammelt haben, steigen ihre Erwartungen an Tools, die sie am Arbeitsplatz nutzen. Der MIT-Studie zufolge verwenden 90 Prozent der befragten Beschäftigten ihre privaten KI-Accounts und -Tools im Arbeitskontext, obwohl 40 Prozent der Unternehmen offizielle Lösungen anbieten. Grund hierfür sei, dass die privaten Tools bessere Ergebnisse lieferten und sich besser an den individuellen Arbeitsmodus anpassen ließen.

Die Befunde der Studie decken sich teilweise mit den Ergebnissen, die ich in meinen eigenen Forschungen zur Einführung von KI-Systemen gesammelt habe. In meiner Dissertation untersuche ich zwei Fälle der Einführung von KI und leite daraus ab, was nötig ist, damit Beschäftigte KI akzeptieren und nutzen. Das erste Beispiel behandelt eine Anwendung zur Wartung in einer Fabrik, das zweite die Einführung eines generativen Chatbots in einer Unternehmensverwaltung. Die Ergebnis-

se stammen aus der gemeinsamen Arbeit in der Forschungsgruppe „Arbeiten mit Künstlicher Intelligenz“ am Berliner Weizenbaum-Institut.

Im ersten Fallbeispiel sollte in einem Produktionsunternehmen eine KI-Software eingeführt werden, um Maschinenausfälle vorherzusagen und sie dadurch langfristig zu reduzieren. Zuvor waren solche Vorhersagen vor allem an das Erfahrungswissen der Beschäftigten in der Instandhaltung geknüpft. Das KI-System sollte dies zumindest teilweise ersetzen und automatisieren. Uns interessierte dabei vor allem, wie sich das KI-System zur vorausschauenden Wartung darauf auswirkt, wie Beschäftigte in der Instandhaltungsabteilung ihr Erfahrungswissen anwenden, wie sie sich zusätzliches aneignen und ob beziehungsweise wodurch neues Erfahrungswissen bei den Beschäftigten entsteht. Das Unternehmen war in der Vergangenheit vor allem durch Zukäufe anderer Unternehmen gewachsen. Dadurch wurden sehr unterschiedliche technische Hard- und Softwaresysteme zusammengeführt. Es wurde die KI-Lösung eines branchenfernen Technologieanbieters eingekauft, die die verschiedenen technischen Infrastrukturen angleichen sollte.

An Standorten, an denen die Beschäftigten in der Instandhaltung über wenig spezifisches Erfahrungswissen verfügten, traf die KI-Anwendung auf Zuspruch. Dort hingegen, wo die Beschäftigten in der Instandhaltung schon länger mit digitalen, aber nicht KI-basierten Assistenzsystemen gearbeitet hatten, hatten sie ein hohes Maß an Erfahrungswissen aufgebaut. Das führte dazu, dass die KI-Anwendung des branchenfernen Technologieanbieters dort weitgehend abgelehnt wurde. Als entscheidenden Faktor identifizierten wir die Missachtung beziehungsweise Nichtanerkennung des bisherigen Erfahrungswissens der Beschäftigten. Angenommen wurde die KI lediglich von den Beschäftigten, die über weniger Fach- und Erfahrungswissen verfügten. Eine frühzeitige Beteiligung der Beschäftigten und die Einbindung ihres Erfahrungswissens in den Werken hätten womöglich zu einer höheren Akzeptanz an mehreren Standorten geführt. Hierzu hätten die Mitarbeiter*innen aber bereits bei den ersten Überlegungen, eine KI-Lösung zu beschaffen, eingebunden werden müssen. Wo die Einführung und Annahme durch die Beschäftigten im Unternehmen gelangen, war der



Mario Michael Ottaiano ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand in der Forschungsgruppe „Arbeiten mit Künstlicher Intelligenz“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft Berlin e. V. und Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit, Produktion am WZB.

mario.ottaiano@weizenbaum-institut.de

Foto: © Grit Hiersemann, www.grit-hiersemann.de, alle Rechte vorbehalten.

Prozess von Beginn an beteiligungsorientiert aufgesetzt. Voraussetzung hierfür war jedoch, dass eigens Personal dafür vorhanden war – Personal mit nicht nur fachlichen, sondern ebenfalls sozialen und kommunikativen Kompetenzen.

Im zweiten Fallbeispiel wurde ein generatives KI-System im Bürobereich eingeführt. Anders als im Beispiel der Fabrik wurden hier die Beschäftigten von vornherein umfassend und systematisch beteiligt. Nicht nur wurde der Gesamtbetriebsrat nach kurzen Startschwierigkeiten in den Prozess der Einführung einbezogen. Auch die Beschäftigten waren von Beginn an Teil der Erprobung des neuen Systems. Zusätzlich wurde eine gesonderte Gruppe von Beschäftigten im Pilotbereich (der IT-Abteilung in der Unternehmensadministration) von Beginn an über ein spezielles Rollenkonzept direkt und unmittelbar in den Prozess der KI-Einführung eingebunden.

Sogenannte Key-User*innen fungierten als eine moderierende Schnittstelle zwischen der fachlichen Leitung der KI-Einführung durch die Projektgruppe und den restlichen Beschäftigten im Pilotbereich, den sogenannten Pilot-User*innen. Ausschlaggebend für die Auswahl als Key-User*in war eine gewisse Affinität zu neuen Technologien, aber auch das spezifische

Erfahrungswissen in der jeweiligen Abteilung. Hier stellte sich die Erfahrung der Beschäftigten ebenfalls als entscheidender Faktor bei der Einpassung des KI-Systems in bestehende Arbeitsprozesse dar. Für die Key-User*innen zählte nicht nur ihr Erfahrungswissen, sondern sie erhielten im Rahmen der KI-Einführung eine gänzlich neue Rolle und eine stärkere Sichtbarkeit, innerhalb der eigenen Abteilung und darüber hinaus.

Die beiden Fälle aus der betrieblichen Praxis verdeutlichen: Die Einbeziehung von Beschäftigten ist entscheidend für die gelingende Einführung von KI-Systemen – und zwar unabhängig vom Anwendungsbereich. Beteiligung ermöglicht es zudem der Unternehmensleitung, direktes Feedback der Beschäftigten zur Technologie zu erhalten und so frühzeitig auf eventuelle Hindernisse zu reagieren. Ein zusätzlicher Faktor ist die Anerkennung, vor allem von abteilungs- und arbeitsbereichsbezogenem Erfahrungswissen. Denn oft wissen die Mitarbeiter*innen am besten, was sie für ihre Arbeit benötigen und wo die Schwierigkeiten im all-

täglichen Umgang mit den verschiedenen digitalen Tools und Systemen liegen.

Eine weitere Voraussetzung für eine gelingende Integration von KI in Unternehmen ist, Betriebsrät*innen von den ersten Überlegungen an mit einzubeziehen. Diese können dann als Vertrauensinstanz zwischen den Beschäftigten und dem Management vermitteln. Dazu können Formen unmittelbarer Beteiligung von Beschäftigten treten, die nicht als Gegenprogramm zur gesetzlichen Mitbestimmung zu verstehen sind. Vielmehr können sie als zusätzlicher und direkter Feedback-Loop dienen.

Unternehmen sollten gemeinsam mit den Betriebsräten, aber auch mit allen Beschäftigten nach passenden Anwendungsfällen für die unterschiedlichen neuen Tools suchen. Dabei darf es nicht nur um den Profit des Unternehmens gehen, sondern auch die Qualität der Arbeit der Beschäftigten muss im Blick sein. So entsteht im Idealfall eine Situation, bei der die Unternehmensseite und die Beschäftigten von den neuen KI-Systemen profitieren. ●

Literatur

Butollo, Florian: „The Rebound Effects of Automation“. In: Weizenbaum Series, 2024, Nr. 37. DOI: 10.34669/WIWS/37.

Challapally, Aditya/Pease, Chris/Raskar, Ramesh/Chari, Pradyumna: The GenAI Devide. State of AI in Business 2025. Massachusetts Institute of Technology (MIT), 2025. Online: www.artificialintelligence-news.com/wp-content/uploads/2025/08/ai_report_2025.pdf (Stand 26.11.2025).

Ottaiano, Mario Michael: „Neue Herausforderungen für die betriebliche Einführung von generativer KI: Zur Rolle von Partizipation und Anerkennung“. In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien (AIS), 2025, Jg. 18, H. 2, S. 143–162. Online: www.arbsoz.de/ais-studien-leser/430-neue-herausforderungen-fuer-die-betriebliche (Stand 9.12.2025).

Ottaiano, Mario Michael/Schneidemesser, Lea/Butollo, Florian: „Künstliche Intelligenz und Erfahrungswissen. Zur Formalisierbarkeit und Delokalisierung von Facharbeit“. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, 2025, Jg. 34, H. 4, S.275–299 (im Erscheinen).

„Ich bin ein Produkt der Globalisierung“

A.SK-Preisträgerin Penny Goldberg über ihren wissenschaftlichen Weg

Am 5. November erhielt die amerikanisch-griechische Ökonomin Pinelopi Koujianou „Penny“ Goldberg bei einem Festakt im WZB den diesjährigen A.SK Social Science Award – mit einem Preisgeld von 75.000 Euro einer der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Preise weltweit. Goldberg wurde für ihre Forschungen zu den Auswirkungen globaler Handelspolitik auf Wohlstand und Ungleichheit ausgezeichnet. In ihrer Dankesrede, die wir übersetzt und gekürzt dokumentieren, skizzierte sie ihre Biografie und ihre Motivation.

Pinelopi Koujianou Goldberg

Der A.SK Award würdigt sowohl akademische Exzellenz als auch gesellschaftliche Relevanz – ein besseres Kompliment für eine Sozialwissenschaftlerin kann ich mir nicht vorstellen. Lassen Sie mich ein wenig von meiner Herkunft und meinem Hintergrund erzählen. Aufgewachsen bin ich in Griechenland, in einer Familie, die neugierig auf die Welt war, aber gleichzeitig ihr nationales Erbe sehr wert schätzte. Mein Vater war unglaublich stolz darauf, Griechen zu sein, bewunderte aber jedes Land für seinen Beitrag zur Welt. Meine Eltern waren beide Ingenieure und schätzten die deutsche Ingenieurskunst. So lag es nahe, dass meine Schwester und ich nach Deutschland gingen. Ich studierte in Freiburg und ging später in die Vereinigten Staaten. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn auch diese Länder nicht offen gewesen wären für Menschen, Ideen und andere Kulturen. Ich betrachte mich daher als ein Produkt der Globalisierung – und eine große Nutz-

nießerin. Einen großen Teil meiner Arbeit widme ich der Untersuchung der Globalisierung.

In Freiburg wurden die Wirtschaftswissenschaften stark als Sozialwissenschaft betrachtet; wir versuchten, die Dinge im sozialen, im historischen und im institutionellen Kontext zu verstehen. Die Ausbildung, die ich dort erwarb, befähigte mich dazu, das große Ganze zu sehen.

Stanford, meine nächste akademische Station, war methodisch sehr fortschrittlich. Mich faszinierte mehr und mehr der internationale Handel. Wenn man aus einem kleinen Land wie Griechenland kommt – und die meisten europäischen Länder sind im internationalen Vergleich klein –, dann versteht man, dass internationaler Handel von existenzieller Bedeutung ist. Während meiner Promotion fanden zwei Revolutionen in den Wirtschaftswissenschaften statt. Die eine war empirisch: Wir erhielten Zugang zu



Die Preisträgerin zwischen der Jury-Vorsitzenden und WZB-Direktorin Dorothea Kübler und dem Laudator Jörg Kukies, ehemaliger Bundesfinanzminister.
Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

viel besseren Daten als je zuvor; die andere methodisch: Die statistischen Methoden entwickelten sich rasant. Diese Methoden wandte ich auf spezifische Fallstudien an. Ich untersuchte Sektoren wie die Automobilindustrie, Pharmazeutika oder Halbleiter und auch viele einzelne Länder, erst Lateinamerika, später Indien.

Dabei versuchte ich nie, eine allgemeine Handelstheorie zu entwickeln. Meine Arbeit war sehr stark von der Theorie motiviert, aber ich war an empirischen Beweisen interessiert. Wenn man so arbeitet, sind die Dinge oft kompliziert. Man muss ständig seine Vorannahmen anpassen, weil Hypothesen, die auf Theorien basieren, manchmal nicht durch die Daten bestätigt werden. Nicht alle Vorteile, Nachteile und Auswirkungen einer Politik sind vorhersehbar. Die Realität ist chaotisch, die Daten sind chaotisch. Wer klare, schöne Ergebnisse liebt, wird diese Arbeitsweise nicht mögen. Mein Ansatz ähnelt dadurch eher der Vorgehensweise von Wirtschaftshistorikern oder anderen Sozialwissenschaftlern. Auch in diesen Disziplinen besteht die Kunst darin, das Gesamtbild im Blick zu behalten. Ich habe das Gefühl, dass meine europäischen Wurzeln und meine Ausbildung in Deutschland mir dabei unglaublich geholfen haben.

Ebenfalls in meine Zeit in Stanford fiel der Beginn der sogenannten Hyperglobalisierung. Der Fall der Berliner Mauer bedeutete das Ende des Kalten Krieges. Länder auf der ganzen Welt fingen an, miteinander zu handeln. Die Vereinigten Staaten bauten intensive Handelsbeziehungen mit Ländern wie China, Vietnam, Malaysia und Korea auf – Länder, die andere politische Systeme hatten. Darüber hinaus begannen viele Entwicklungsländer, ihre Märkte zu öffnen und ihr Handelssystem zu liberalisieren, und ich untersuchte die Auswirkungen der offenen Märkte auf diese Länder. Vielen von uns wird ihre Bedeutung erst jetzt bewusst, wo all diese Dinge unter Beschuss stehen. Insbesondere die extreme Verringerung der Armut wäre ohne die Öffnung vieler Länder für den Handel nicht möglich gewesen. Ein multilaterales, auf Regeln basierendes Handelssystem gewährte Vorhersehbarkeit und Stabilität.

Warum aber lehnt sich heute die Welt gegen den freien Handel und die Globalisierung auf? Das wird noch viele Jahre lang von Wirtschaftshistorikern diskutiert werden. Auch Forschende an einem Ort wie dem WZB, wo diese Themen aus einer multidisziplinären Perspektive betrachtet werden, haben viel dazu zu sagen. Einer der

wichtigsten Faktoren scheint mir die weit verbreitete Überzeugung zu sein, dass der Fortschritt der Entwicklungsländer, also die Verringerung der extremen Armut, auf Kosten der Arbeitnehmer*innen und der Mittelschicht in den Industrieländern geschah. Der Preis war eine zunehmende Ungleichheit.

Diese Frage nach den Auswirkungen des Handels auf Ungleichheit habe ich in meiner Forschung umfassend untersucht. Nicht alle Kollegen befanden dies für richtig. Der amerikanische Ökonom Robert Lucas etwa hielt die Untersuchung von Verteilungseffekten von politischen Maßnahmen für eine verführerische Tendenz wohlmeinender Volkswirte, schädlich für ein solides wirtschaftliches Denken. Hier widerspreche ich ihm, denn ich denke, auch ökonomische Effizienz und solide Wirtschaftspolitik funktionieren nicht, wenn es große Ungleichheit gibt. Denn die Verlierer begehren auf. Wir konnten das in der Phase der Globalisierung beobachten.

Nun hat Ungleichheit viele verschiedene Dimensionen. Ohne Frage hat die Globalisierung die globale Ungleichheit verringert: Der Abstand zwischen der Durchschnittsbürgerin in Vietnam und der Durchschnittsbürgerin in Deutschland oder den USA ist kleiner geworden. Auch sagte die Handelstheorie voraus, dass die Lohnungleichheit in reichen Ländern zunehmen würde, und genau das haben wir beobachtet. In Lateinamerika, Indien oder anderen Niedriglohnländern dagegen sollte die Lohnungleichheit eigentlich zurückgehen. Das aber ist nicht geschehen.

Ein weiterer Aspekt von Ungleichheit ist das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmen und Verbrauchern, zwischen Unternehmen und Haushalten, zwischen großen multinationalen Konzernen und Arbeitnehmern. Auch hier sind die Auswirkungen sehr komplex. Einerseits könnte man sagen, dass multinationale Konzerne in Entwicklungsländern viel Gutes bewirkt haben. Sie haben Umweltstandards durchgesetzt, manchmal waren auch die Arbeitsstandards in multinationalen Unternehmen wesentlich höher als im Rest der Welt. Es gibt aber auch andere Fälle. Ein Beispiel, mit dem ich mich beschäftigt habe, ist die weltweite Durchsetzung von Patenten im Pharmabereich. Natürlich unterstützt jeder Ökonom die Schutzrechte geistigen Eigentums. Wir alle wissen,

dass ohne diesen Schutz keine Innovation möglich ist. Gleichzeitig hatte die Harmonisierung des Schutzes geistigen Eigentums zwischen Indien und den Vereinigten Staaten viele unbeabsichtigte Auswirkungen. Wenn Preise reguliert werden und Patentschutz besteht, haben große multinationale Unternehmen kein Interesse daran, in einen Markt einzutreten; viele lebensrettende Medikamente sind nicht verfügbar, weil es in diesen Ländern keinen Gewinnanreiz gibt. Politische Maßnahmen können also gut gemeint sein, die tatsächlichen Auswirkungen fallen oft jedoch ganz anders aus. Man muss den institutionellen Kontext, die historischen Umstände und vor allem die Marktstruktur, die Regulierung und den Grad des Wettbewerbs berücksichtigen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen für mich neuen Forschungsbereich erwähnen: Mein neuestes Interesse gilt der Gleichstellung der Geschlechter. Die große Frage ist ja, wie Entwicklungsländer unter den aktuellen Umständen vorankommen können. Ich bin hier pessimistisch, da externe Märkte nicht mehr die Rolle spielen können, die sie in der Vergangenheit spielten. So sind Entwicklungsländer und kleine Länder mehr denn je auf ihre Binnenmärkte und ihre heimischen Ressourcen angewiesen. Und keine heimische Ressource ist wichtiger als die eigene Bevölkerung, das eigene Humankapital. Daher müssen die Talente von etwa 50 Prozent der Bevölkerung genutzt werden – nämlich der Frauen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter betrachte ich weniger als Menschenrechtsfrage, sondern als eine Frage des Wachstums, der Produktivität.

Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für die Anerkennung, die der A.SK Award bedeutet. Wir leben in einer Zeit, in der sich die meisten Länder und politischen Entscheidungsträger*innen nach innen wenden, sich auf ihre heimischen Märkte, auf ihre eigenen Länder konzentrieren. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besteht die Versuchung, etwas Ähnliches zu tun, nämlich sich nach innen zu wenden und nur mit Gleichgesinnten zu sprechen, sich der Komplexität der Wirklichkeit zu entziehen. Ich hoffe sehr, dass diese Auszeichnung auch andere dazu inspirieren wird, nicht diesen Weg zu gehen, sondern weiterhin Fragen zu stellen, die für die Welt relevant sind. ●

Personen

Gäste

Francisco Batista, Doktorand an der NOVA University of Lisbon (Portugal) ist von Januar bis Ende Mai 2026 Gast am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er promoviert zum Thema „Cooperation Between Christian Social Movements and the Radical Right Chega in Portugal“.

Megan Fellows, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Darmstadt, ist von Januar bis März 2026 Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Global Governance. Sie wird während ihres Aufenthalts an methodischen Perspektiven der computergestützten Textanalyse und der Diskurstheorie arbeiten.

Morien El Haj ist von Januar bis Mitte März 2026 Gastwissenschaftlerin der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Sie ist Doktorandin und Lehrassistentin am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Ghent University (Belgien). Am WZB wird sie gemeinsam mit Lena Hipp und ihrem Team an einem Vignettenexperiment arbeiten, das die Aufstiegschancen von Eltern untersucht.

Ehrungen / Preise

Zwei Forscherinnen wurden mit dem Friends of the WZB Award 2025 ausgezeichnet:

Dr. **Berenike Firestone**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Transformationen der Demokratie, erhielt den Preis für ihr Interview „Aktives Erinnern“ im Deutschlandfunk Kultur am 6. Mai. Darin erläutert sie die Ergebnisse einer groß angelegten randomisierten Studie zur Teilnahme am Projekt #everynamecounts der Arolsen Archives, des weltweit größten Archivs zur NS-Verfolgung. **Christin Jänicke** wurde für ihren Artikel „Entwicklung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland“ ausgezeichnet. Ihre umfassende interdisziplinäre Analyse zeigt, dass rechte Gewalt kein ostdeutsches Nachwendephänomen ist, sondern sich kontinuierlich durch beide deutschen Nachkriegsgesellschaften zieht. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung.



Dr. **Clara van den Berg** wurde für ihre Dissertation „What Sticks? The Pro-Refugee Mobilization of 2015/16 and the Lasting Formation of Local Civic Action Communities“ mit dem Tiburtius-Preis der

Landeskonferenz der Rektor*innen und Präsident*innen der Berliner Hochschulen (LKRP) ausgezeichnet. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB und an der Freien Universität Berlin.

Magdalena Kennel erhielt von der Stiftung Deutsch-Amerikanische Wissenschaftsbeziehungen (SDAW) ein Reisestipendium für Studierende zur Teilnahme an der 17. German American Conference im November 2025 in Cambridge, MA. Sie ist studentische Hilfskraft in der Abteilung Global Governance.

Prof. Dr. **Dorothea Kübler**, Direktorin der Abteilung Verhalten auf Märkten, wurde als Ordentliches Mitglied in die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften aufgenommen.



Dr. **Justyna Stypińska**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion, wurde für die Studienjahre 2025/26 und 2026/27

auf die Dorothea-Erxleben-Gastprofessur an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg berufen. Sie untersucht, ob algorithmische Systeme langfristig zu gerechteren, inklusiveren Gesellschaften beitragen können – oder ob sie im Gegenteil neue Formen sozialer Ungleichheit erzeugen und bestehende Muster der Ausgrenzung verstärken.

Dr. **Teresa Völker** wurde für ihre Dissertation „Mainstreaming the Far Right: How Far-Right Actors and Ideas Shape Public Debates“ mit dem Dissertationspreis 2025 der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) e. V. ausgezeichnet. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung.

Promotionen



Florian Irgmaier, Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung, hat im Oktober seine Promotion „Wissenschaft und Technik in der sozialen Konstruktion von Möglichkeitshorizonten“ an der Universität Bielefeld erfolgreich abgeschlossen.



Josefine Matysiak hat ihre kumulative Dissertation „Die Messung rassistischer Bildungsungleichheiten in Deutschland. Praktiken, Herausforderungen und Lösungsansätze im Rahmen von Antidiskriminierungsdaten“ an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich verteidigt. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel und war Stipendiatin der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw).

Mitarbeitende

PD Dr. **Dana Burchardt** ist seit September 2025 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Professur Internationales und vergleichendes Verfassungsrecht. Als Heisenberg-Fellow der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) forscht sie an ihrem Projekt „Interacting Legal Spaces“.

Kaja Kröger ist seit September wissenschaftliche Redakteurin in der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten. Zuvor war sie Medienreferentin der Kommunikationsabteilung des WZB.

Lena Röllicke, ehemalige Mitarbeiterin und derzeitige Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Global Governance, hat am 1. Oktober 2025 eine Stelle als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Allgemeine Soziologie und Konfliktsoziologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen angetreten.



Dr. **Nhat An Trinh** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt und Co-Projektleiterin des internationalen Projekts „Wealth and Social Cohesion from a Relational Perspective“ (WESOREL), das von der Volkswagen-Stiftung gefördert wird. Ihre Arbeit konzentriert sich auf Ungleichheit, soziale Mobilität, Klasse und Wohlstand aus einer inter- und intragenerationellen Perspektive.



Das WZB trauert um Prof. **Kimuli Kasara** Ph.D., die am 25. November 2025 nach langer Krankheit in New York verstorben ist. Kimuli Kasara war von 2021 bis 2024 Visiting Research Professor am WZB und arbeitete eng mit der Abteilung Institutionen und politische Ungleichheit zusammen. Sie war Expertin für ethnische Politik, politische Gewalt und Umverteilungspolitik. Kimuli Kasara wurde für ihre intellektuelle Großzügigkeit, ihren Mut und ihren Witz sehr geschätzt. Ihre Freunde und Kolleginnen am WZB werden sie vermissen.

Veranstaltungen

15. bis 16. Januar 2026

Salon des FairErbens II

Tagung

Die Vermögensungleichheit in Deutschland und Österreich ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Hauptgrund hierfür sind Erbschaften und Schenkungen: Mehr als die Hälfte aller Vermögen ist heutzutage nicht mehr selbst erarbeitet, sondern „unverdientes Einkommen“. Die Tendenz steigt. Das Problem ließe sich angehen, indem die Erbschaftsteuer gestärkt beziehungsweise wieder eingesetzt würde. Aufbauend auf der ersten Runde des Formats zur Vermögensungleichheit in Deutschland und Österreich und zur Reform der Erbschaftssteuer, die 2024 stattfand, treffen sich erneut Expert*innen aus der Forschung und Zivilgesellschaft und wollen ausloten, was sie eint, wo es noch Brücken zu schlagen gilt und wie die Zukunft einer wissenschaftlichen Intervention im öffentlichen Diskurs aussehen könnte.

*Veranstalter*in: Dr. Martyna Linartas (FU Berlin/ Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“/SCRIPTS), Prof. Dr. Michael Zürn (WZB/SCRIPTS); Informationen bei: Lina Hayek, E-Mail: lina.hayek@wzb.eu*

February 10, 2026

Unemployment Among Adult Children and the Health of their Ageing Parents

Lecture

Prof. Dr. Anna Baranowska-Rataj will hold a lunch seminar on the topic of “Unemployment Among Adult Children and the Health of their Ageing Parents” as part of the ECPD Lecture Series. She is professor in Population Studies at the Centre for Demographic and Ageing Research (CEDAR) at Umeå University (Sweden). Her research interests concern processes at the intersection of labor market, family as well as health and well-being of family members.

Currently she leads the project “The Effects of Unemployment on Health of Family Members” (HEALFAM).

Organizers: Dr. Lara Bister (WZB/ECPD), Dr. Emily Frank (Einstein Center Population Diversity, ECPD); Information: Emily Frank, E-mail: emily.frank@wzb.eu

March 26–27, 2026

Equal Access to Justice: Between Normativity and Reality

Conference

Equal access to justice is a cornerstone of democratic societies – yet the distance between normative ideals and lived realities remains considerable. Around the world, legal aid systems face increasing strain, digital innovations both empower and exclude, and social inequalities continue to shape how people understand and use the law. In an era of deepening social and economic divides, the question of how to realize equality before the law is more urgent than ever.

This interdisciplinary conference will bring together leading international scholars to discuss the latest empirical research and theoretical developments on access to justice. Interactive panels and discussions will address topics such as the evolution of access to justice research, digitalization, legal aid, legal culture, and the role of civil society. The conference is funded by the Volkswagen Foundation NEXT programme.

Organizers: Prof. Dr. Michael Wrase (WZB), Prof. Dr. Alexander Graser (University of Regensburg), Dr. Anna Löbbert (WZB); Information: Dr. Anna Löbbert, E-mail: anna.loebbert@wzb.eu; Prof. Dr. Michael Wrase, E-mail: michael.wrase@wzb.eu

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Besser mit Uni-Abschluss

Martin Neugebauer, Jan Paul Heisig, Thijs Bol

Ausdauer lohnt sich – jedenfalls in der Ausbildung. Übereinstimmend belegen Studien für verschiedene Länder, dass Menschen mit Hochschulabschluss nicht nur eher eingestellt, sondern auch besser bezahlt werden als Studienabbrecher*innen. „Sheepskin effect“ nennt das die Forschung, denn auf Schafshaut, also Pergament, wurden früher die Diplome geschrieben. Für die Untersuchung dieses Effekts wurden meist Angaben der Angestellten betrachtet. Jetzt kamen 335 Personalabteilungen deutscher IT-Unternehmen in den Blick, denen knapp 2.700 fiktive Bewerbungen zugespielt wurden. Die Einladungsquote lag tatsächlich fast doppelt so hoch für jene, die ein abgeschlossenes Studium nachwiesen. Hintergrundbefragungen zeigen: Personalverantwortliche verbinden mit dem Abschluss nicht unbedingt höhere kognitive Fähigkeiten, wohl aber beruflich relevantes Können und Durchhaltevermögen.

Martin Neugebauer/Jan Paul Heisig/Thijs Bol: „What Does Successful University Graduation Signal to Employers? A Factorial Survey Experiment on Sheepskin Effects“. In: European Sociological Review, 2025, Jg. 41. DOI: 10.1093/esr/jcaf028.

Sicherheitsbedenken können Wahlen entscheiden

Jeyhun Alizade

Die Sorge, Zuwanderung könne Kriminalität verstärken, nimmt quer durch verschiedene Bevölkerungsgruppen zu. Auch unter „Kosmopolit*innen“, also linken, hochgebildeten Städter*innen, ist diese Sorge weiter verbreitet als bisher angenommen – und sie bestimmt Wahlentscheidungen mit. Auf der Grundlage von Umfragedaten aus 14 europäischen Staaten unterscheidet Jeyhun Alizade drei Arten wahrgenommener Bedrohung durch Migration: kultu-

relle, ökonomische und sicherheitsbezogene. Sicherheitsbedenken überlagern zunehmend ideologische Differenzen, hier fallen die parteipolitischen Unterschiede jedenfalls am geringsten aus. Für Deutschland bedeutet das, dass Grünen- und SPD-Wähler*innen zu Mitte-Rechts-Parteien abwandern können, wenn diese eine restriktivere Haltung zu Kriminalität im Zusammenhang mit Migration einnehmen.

Jeyhun Alizade: „The Electoral Politics of Immigration and Crime“. In: American Journal of Political Science, 2025, S. 1–18.

DOI: 10.1111/ajps.70013.

Helfen wollen

Hande Erkut, Ernesto Reuben

Großzügigkeit oder der Wille zur Zusammenarbeit wurden in der Ökonomie schon des Öfteren untersucht. Unterbelichtet ist dagegen bislang die Frage danach, welche Faktoren Hilfsbereitschaft fördern. Dabei sind Hilfe und gegenseitige Unterstützung zentral für den Erfolg einer Organisation. Hande Erkut und Ernesto Reuben haben in einem Experiment ein Spiel eingesetzt. Im „Helping Game“ entscheidet jede teilnehmende Person individuell, ob und wie vielen anderen sie helfen möchte. Je mehr sie hilft, desto kleiner wird allerdings der Nutzen, den jede andere Person davon hat. Ganz klar zeigt sich: Der Wille zu helfen ist eng verknüpft mit der sozialen Verbindung zwischen beiden Beteiligten (im Spiel hergestellt durch unterschiedliche Grade der Kommunikation). Und er wird auch größer, wenn eine Person eine zentrale Rolle im sozialen Netzwerk zugeschrieben bekommt.

Hande Erkut/Ernesto Reuben: „Social Networks and Organizational Helping Behavior: Experimental Evidence from the Helping Game“. In: Journal of Public Economics, 2025, H. 246.

DOI: 10.1016/j.jpubeco.2025.105388.

Doppelter Nachteil

Marcel Knobloch

Vorstrafen erschweren die Jobsuche erheblich – besonders für Bewerber mit einem türkisch klingenden Namen. Das zeigt Marcel Knobloch in einem Feldexperiment: Er verschickte mehr als 2.000 Initiativbewerbungen an Reinigungs- und Sicherheitsfirmen in ganz Deutschland. Die fiktiven männlichen Bewerber mit deutschem oder türkischem Namen waren teilweise wegen eines geringfügigen Drogendelikts vorbestraft. Die besten Beschäftigungschancen hatten Arbeitsuchende mit deutschem Namen und ohne Vorstrafe. Bereits einmalige Straftaten ohne Freiheitsstrafe beeinträchtigten die Beschäftigungschancen deutlich, auch wenn die Bewerber aufgrund ihrer Ausbildung und Arbeitserfahrung ein vielversprechendes Profil hatten. Bemerkenswert ist auch, dass vorbestrafte Arbeitsuchende mit deutschem Namen ebenso viele positive Antworten erhielten wie Bewerber mit türkischem Namen ohne Vorstrafe.

Marcel Knobloch: „*The Impact of Criminal Records and Ethnic-sounding Names on Young Men's Employment Chances in Germany: Field Experimental Evidence*“. In: *Zeitschrift für Politik ZfP, Special Issue 12. Labor Market Related Discrimination of Women and Migrants*, 2025, S. 145–174. DOI: 10.5771/9783748949398–145.

Dr. jur. ChatGPT

Philipp Günther, Johanna Behr, Leonie Thies

Es begann in Bereichen wie Flugpassagierrechte oder Mietstreitigkeiten, inzwischen sind sie auf fast allen Feldern der Rechtsprechung zu finden: Sogenannte Legal-Tech-Unternehmen bieten über nutzerfreundliche Online-Portale juristischen Rat und Beistand an. Was bedeutet das für die konventionellen Anwalt*innen? Welche beruflichen Identitäten bilden sich heraus? Gibt es eine Konkurrenz um dieselben Arbeitsbereiche? Oder zeichnet sich eine stabile Arbeitsteilung ab? Diesen Fragen gehen die Autor*innen für den deutschen Kontext mit Hilfe von Interviews mit Expert*innen und der Analyse öffentlicher Stellungnahmen und juristischer Texte nach. Relevant ist die Studie nicht zuletzt, weil sie Rückschlüsse auf andere Berufsfelder zulässt, die mit ähnlichen Interessenkonflikten konfrontiert sind.

Philipp Günther/Johanna Behr/Leonie Thies: „*Navigating Jurisdictional Boundaries: Traditional*

Lawyers vs. Legal Tech Firms in the German Legal Services Market“. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 2025, Jg. 45, H. 1, S. 1–29. DOI: 10.1515/zfrs-2025-2004.

Autoritarismus digital

Lisa Garbe, Seraphine F. Maerz, Tina Freyburg

Wer umfassende Herrschaft ausüben will, muss auch den digitalen öffentlichen Raum kontrollieren. Autoritäre Regierungen bedienen sich für den Ausbau der Internet-Infrastruktur oft ausländischer Direktinvestitionen – aus anderen Autokratien. Lisa Garbe und ihre Co-Autorinnen haben solche Zusammenhänge anhand von Daten aus afrikanischen Staaten untersucht. Sie stellen fest, dass autoritäre Regime die Online-Repression ausweiten können, wenn mindestens ein Internetdienstanbieter im Besitz eines ausländischen autokratischen Investors ist. Der Kreis der Investoren geht über die großen autokratischen Mächte hinaus und umfasst Autokratien auf der ganzen Welt, beispielsweise Vietnam und Katar. Dies offenbart ein weitreichendes und vielfältiges Netzwerk autokratischer Staaten, das die digitale Kontrolle systematisch ausbaut.

Lisa Garbe/Seraphine F. Maerz/Tina Freyburg: „*Authoritarian Collaboration and Repression in the Digital Age: Balancing Foreign Direct Investment and Control in Internet Infrastructure*“. In: *Democratization*, 2025, S. 1–24. DOI: 10.1080/13510347.2024.2442377.

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Konferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Weltweit führend

Grund zum Feiern kurz vor dem Fest: Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft bescheinigt dem WZB ausgezeichnete wissenschaftliche Leistungen und empfiehlt die weitere Förderung durch Bund und Land. Das WZB sei „eine der weltweit führenden Forschungsreinrichtungen in seinem Bereich“, heißt es in der Stellungnahme, die auf dem Bericht einer Gruppe externer Gutachter*innen beruht, die uns im März dieses Jahres besucht haben. Gelobt wird nicht nur die Forschung, sondern auch der engagierte Transfer der Erkenntnisse in Politik und Gesellschaft. Alle sieben Jahre steht eine solche Evaluierung bei Leibniz-Instituten an. Frohen Mutes sammeln wir jetzt also schon mal Daten und Erfolge für 2032.

WZB wirkt

Apropos Transfer. Der Austausch zwischen Forschung und Gesellschaft ist ein zentrales Anliegen des Vereins der Freundinnen und Freunde des WZB. Auch 2025 wieder fördert der Verein Projekte, die an dieser Schnittstelle angesiedelt sind. „Wissenschaft und Müllabfuhr im Dialog“ heißt das Vorhaben von Lena Hipp und Stefan Munnes von der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. In Kooperation mit der Berliner Stadtreinigung sollen Daten zur Vermüllung öffentlicher Räume und zur Arbeit dagegen gesammelt und mit sozioökonomischen Angaben in Bezug gesetzt werden. Gefördert werden außerdem Lara Bister und Emily Frank aus der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit, die sich mit Forschung zu Obdachlosigkeit, Migration und Gentrifizierung in Berliner Spätis wagen wollen. Davon wird zu berichten sein.

Ehrenmann

Apropos Freunde des WZB. Die sind kaum vorstellbar ohne ihren Schatzmeister Wolfgang Hünnekens. Der Honorarprofessor für Digitale Kommunikation an der Universität der Künste Berlin und Unternehmensberater hat vier ganze Amtszeiten lang als Schatzmeister die Kasse des Vereins geführt. Passend zum Zahlen-Heft übergibt der Herr dieser Zahlen das wichtige Ehrenamt an seinen Nachfolger Thorsten Freiburger, Leiter Organisations- und Produktivitätsmanagement bei der Berliner Sparkasse. Ein großer Dank gebührt beiden, denn Engagement braucht Infrastruktur.

Normalisierung I

Eine einleuchtende, wenn auch nicht beruhigende Erklärung zum Aufstieg extrem rechter Parteien hat Vicente Valentim. Der portugiesische Politikwissenschaftler, Assistenzprofessor an der IE University in Madrid, hat im November den A.SK Bright Mind Award des WZB bekommen. Sein Buch „Die Normalisierung der radikalen Rechten“ erscheint im Januar auf Deutsch – im Interview mit der ZEIT stellt Valentim die zentrale These vor. Und die lautet: Menschen ändern ihre politischen Einstellungen nicht schnell, weder aus wirtschaftlichen noch aus kulturellen Gründen. Die extrem rechten Ansichten, die sich jetzt vermeintlich plötzlich in Wahlergebnissen vervielfachen, waren eher schon lange vorhanden. Geändert haben sich allein die sozialen Normen; es liegt kein Stigma mehr darauf, sich extrem rechts zu äußern. Das würde bedeuten: Die Menschen wählen jetzt so, wie sie schon lange dachten.

Normalisierung II

Wie eine Fortsetzung zum Interview von Vicente Valentim liest sich das Interview, das Teresa Völker dem Tagesspiegel gegeben hat. Die Politikwissenschaftlerin, deren Promotion zu den Mechanismen, die die extreme Rechte dem Mainstream näherbringen, gerade von der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft ausgezeichnet wurde, sagt: „Man kann Trends umkehren, sofern das Bewusstsein wächst, dass man nicht nur mit der Partei [AfD] kritisch umgehen muss, sondern auch mit den Ideen, die sie verbreitet.“ Sie empfiehlt, die Perspektiven von Betroffenen rechtsextremer Gewalt und das Engagement der demokratischen Zivilgesellschaft stärker in den Blick zu nehmen. Außerdem brauche es einen „Cordon sanitaire in der Politik und in öffentlichen Debatten“, also eine Art diskursive Brandmauer.

Vorlese: „Männer“

Wir haben lange kein Heft zum Thema „Gender“ gemacht. Dabei ist das Thema nicht nur in der Forschung des WZB, sondern auch in der Gesellschaft nicht auserzählt, im Gegenteil. Ansetzen wollen wir mit unserem März-Heft bei den Männern, natürlich geht es aber auch um Frauen – und alle anderen.

Blaue Engel

Haben Sie es gemerkt? Wir haben uns verändert. Seit der letzten Nummer, September 2025, werden die WZB-Mitteilungen auf 100-Prozent-Recycling-Papier gedruckt. Noch probieren wir aus, wie unser traditionelles Grün darauf am besten zum Strahlen kommt – was könnte besser dafür geeignet sein als ein Heft im Zeichen der Erbse? Diesmal ist jedenfalls der (blaue) Cyan-Anteil etwas höher. Ansonsten aber stimmt alles: Das neue Verfahren schont Ressourcen und Umwelt, die ungestrichene Oberfläche und die hohe Dichte des Papiers machen Anfassen und Lesen zum Vergnügen. Im Impressum prangt jetzt der Blaue Engel – ein Logo, das auch die Druckerei Bonifatius selbst als Unternehmen trägt. Denn ihre gesamten Abläufe folgen umwelt- und gesundheitsrelevanten Kriterien: Zum Einsatz kommen etwa Naturstrom, kein Industriealkohol und mineralölfreie Farben.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 190, Dezember 2025

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Nicola Fuchs-Schündeln Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin

Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 16 84

Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich.

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Kathrin Kliss

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzung

Gabriele Kammerer (S. 20-23, 45-48, 62-63 – auf der Basis von DeepL Pro)

Bildredaktion

Gesine Born und Joy Kröger, www.bilderinstitut.de

Grafiken

www.muskat.design

Auflage

7.100

Foto S. 3: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

Wider die Ausbeutung Tierschutz als angewandte Sozialforschung

Sueda Evirgen

Neugier, Fakten und sorgfältiges Denken helfen, soziale Probleme zu verstehen und zu lösen. Diese Überzeugung hat mich dazu bewogen, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Ich forsche zu sozialer Gerechtigkeit, ich will wissen, wie rassistische und ethnische Vorurteile Entscheidungen zur Umverteilung beeinflussen und wie institutionelle Strukturen Ungleichheit verstärken oder bekämpfen. Gegen Ende meiner Promotion begann mich eine andere Form der Ungerechtigkeit zu beschäftigen: die systematische Ausbeutung von Tieren. Es wurde mir immer stärker bewusst, wie tief diese in sozialen Normen und in den Wirtschaftssystemen verankert ist und wie nicht nur individuelle Entscheidungen, sondern auch kollektive Gewohnheiten und Strukturen zu dieser Ausbeutung beitragen. Zu der Zeit wohnte ich mit meiner Doktorandenkollegin und Freundin Gülbike Mirzaoglu zusammen. Wir teilten eine wachsende Leidenschaft für diese Themen und unsere nächtlichen Gespräche drehten sich oft um dieselbe Frage: Wie können wir das, was wir in unseren Doktorarbeiten lernen, für den Tierschutz einsetzen?

Als Wissenschaftlerinnen sahen wir hier deutliche Lücken. Es gibt nur sehr wenige Forschungsarbeiten im Bereich des Tierschutzes und ein Großteil der vorhandenen Arbeiten

konzentriert sich auf die westliche Welt, obwohl die überwiegende Zahl der Nutztiere in den Regionen der Globalen Mehrheit lebt. Wir stellten auch fest, dass nur wenige Menschen in der Tierschutz-Bewegung eine Ausbildung in Verhaltenswissenschaften oder Wirtschaftswissenschaften hatten – dabei ist es doch ihr Ziel, Verhalten zu verstehen und zu verändern. Und selbst wo es hervorragende Forschungsergebnisse gibt, erreichen sie selten die Tierschützer*innen, und sie beantworten ihre drängendsten Fragen nicht. Die Ergebnisse werden oft in Form von langen Berichten voller Zahlen und Tabellen präsentiert und nicht in Formaten, die sich leicht für Kampagnen oder Öffentlichkeitsarbeit nutzen lassen. Diese Lücken wollten wir schließen und die Forschung für alle, die sich für Tiere einsetzen, zugänglich und direkt nutzbar machen. Wir wollten Wissenschaft und gesellschaftliches Engagement miteinander verbinden. So gründeten Gülbike und ich die Forschungsorganisation Animetrics.

Wir arbeiten dort auf drei Feldern. Erstens forschen wir zu zentralen Fragen der Aktivistinnen und Aktivisten: Wie lassen sich Ernährungsgewohnheiten ändern, wie können Botchaften formuliert werden? Wie sehen effiziente und wirksame Kampagnen aus? Zweitens befassen wir uns damit, Erkenntnisse in Maßnahmen umzusetzen. Wir beginnen Studien in enger Zusammenarbeit mit Organisationen, die bereits Erfahrungen im aktiven Tierschutz haben, sodass die Forschungsfragen und das Design auf ihre Realitäten und Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Ergebnisse veröffentlichen wir in leicht zugänglichen Formaten wie kurzen Berichten, Grafiken und Handlungsempfehlungen. Gemeinsam entwickeln wir dann eine Strategie, um die Ergebnisse in die Praxis umzusetzen. Außerdem sammeln wir Feedback und lernen daraus, was funktioniert und was verbessert werden kann. Drittens wollen wir die Organisationen selbst befähigen, Forschungsergebnisse zu nutzen. Wir schulen die Aktivist*innen in den Bereichen Umfragedesign, Datenerhebung und Auswertung, damit sie ihre eigenen Erkenntnisse sammeln und interpretieren können. In den zwei Jahren seit Beginn unserer Arbeit haben wir mehr als ein Dutzend Organisationen in Afrika und Asien unterstützt und kostenlos hunderte Stunden praktischer Schulungen angeboten.

Unsere Arbeit konzentriert sich auf den Globalen Süden und Regionen mit muslimischer

Mehrheit. In diesen Gebieten spielen Tiere eine große Rolle – außerdem liegt dort unsere Heimat. Gülbike und ich sind in der Türkei in muslimischen Familien aufgewachsen, und in diesen Familien sind Essen, Glaube und Ethik eng miteinander verbunden. Dennoch fehlen in der globalen Tierrechtsbewegung muslimische Perspektiven fast vollständig. Dieses Fehlen ist folgeschwer. Muslime machen fast ein Viertel der Weltbevölkerung aus, und religiöse Halal-Regeln für den Umgang mit Lebensmitteln beeinflussen einen großen Teil der weltweiten Fleisch- und Milchproduktion. Wenn wir wirklich Fortschritte für das Tierwohl erzielen wollen, müssen wir die moralischen und kulturellen Gründe für Ernährungsentscheidungen verstehen.

In einer aktuellen Studie haben wir zum Beispiel untersucht, wie muslimische Verbraucherinnen und Verbraucher in der Türkei das Wohlergehen von Tieren in der Lebensmittelproduktion nach Halal-Regeln wahrnehmen. Für die meisten Befragten war es sehr wichtig, dass die Lebensmittel, die sie essen, halal sind. Viele gingen davon aus, dass dann auch automatisch höhere Tierschutzstandards gelten. Die wenigsten wussten, dass bestimmte industrielle Praktiken, die ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Tierschutzes aufwerfen – etwa das Töten von Küken oder das Schnabelkürzen –, nach den geltenden Halal-Vorschriften zulässig sind. Nachdem wir sie darüber informierten, gaben viele an, dieses Wissen werde ihre zukünftigen Kaufentscheidungen beeinflussen. Einschränkend muss beachtet werden, dass es sich hierbei um Absichten und nicht um beobachtetes Verhalten handelt. Und doch gibt diese Forschung wertvolle Anhaltspunkte für den Tierschutz in religiösen Kontexten. Damit können wir Organisationen unterstützen, die mit muslimischen Gemeinschaften zusammenarbeiten, und gemeinsam Kampagnen entwickeln, die für Tierwohl in der Halal-Lebensmittelproduktion sensibilisieren.

Mein Engagement bei Animetrics hat meinen Blick auf die Forschung und meine Herangehensweise an die akademische Arbeit maßgeblich geprägt. Die Leitung einer kleinen Forschungsorganisation, die Zusammenarbeit mit



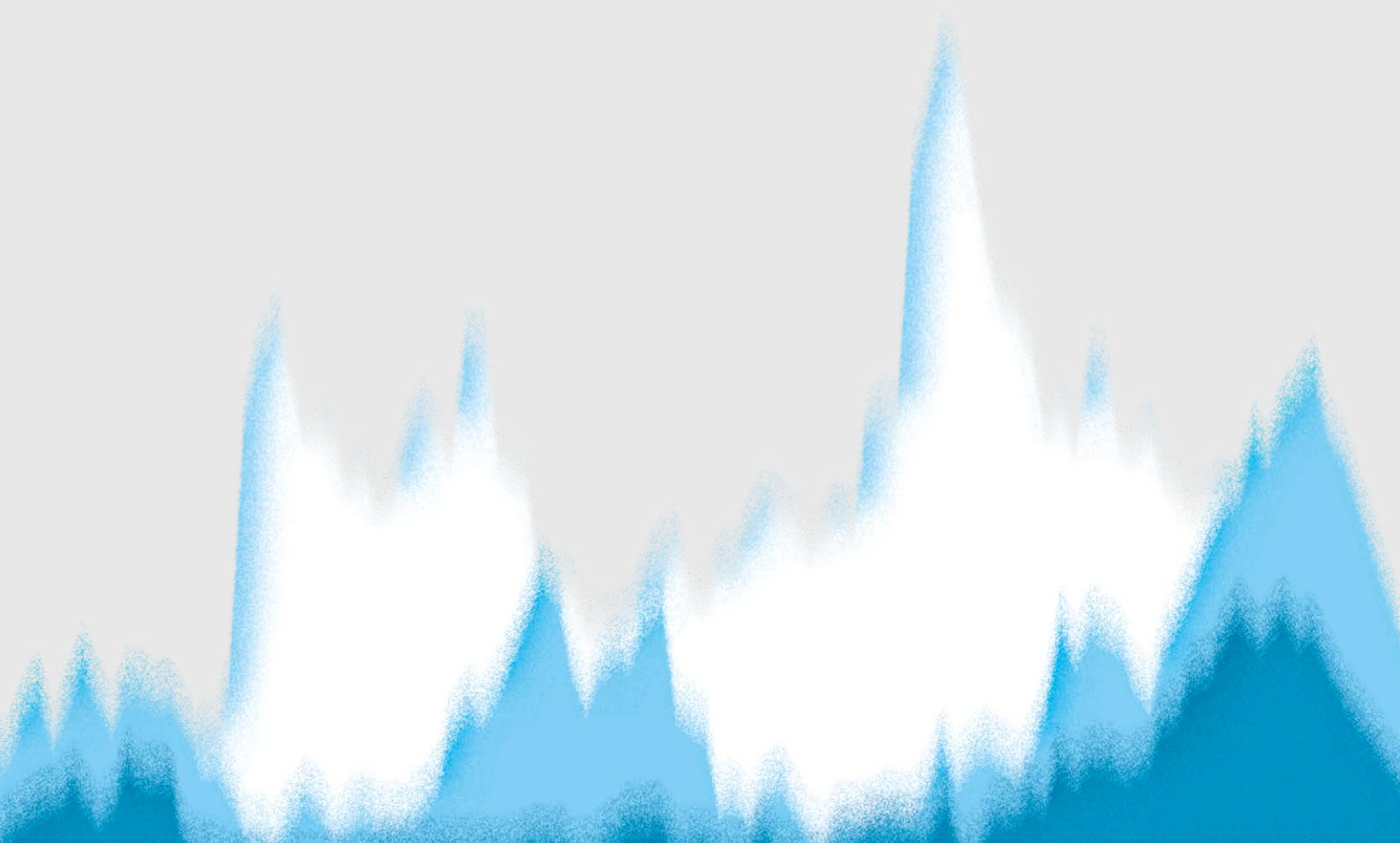
Sueda Evirgen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Information, Anreize, Ungleichheit am WZB. Sie erforscht Umverteilungsentscheidungen und wie diese durch diskriminierende Präferenzen, ethnische Vielfalt, Stereotype und normative Prinzipien geprägt sind. Sie ist Mitbegründerin der Forschungsorganisation Animetrics, die sich für den Tierschutz einsetzt. sueda.evirgen@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten

Interessenverbänden und die Umsetzung von Erkenntnissen in Strategien – all das hat mich gelehrt, fundiertere Fragen zu stellen. Ich denke ganz anders darüber nach, was Erkenntnisse wirklich nützlich macht, wie sie Veränderungen bewirken können. Ich sehe die Probleme bei der Anwendung von Forschungsergebnissen auf das reale Leben; aber ich weiß auch, dass Lösungen streng wissenschaftlich und praktisch anwendbar zugleich sein können.

Im Oktober habe ich eine Postdoc-Stelle am WZB angetreten, wo ich zu prosozialem Verhalten forsche – und zu Maßnahmen, die dieses fördern können. Ich finde es fantastisch, mich in einem Umfeld zu bewegen, in dem diese Fragen mit analytischer Tiefe und mit sozialem Verantwortungsgefühl bearbeitet werden. Ich freue mich darauf, das, was ich am WZB lerne, in meine Arbeit bei Animetrics einzubringen, aber auch meine Erfahrungen bei Animetrics für meine akademische Forschung zu nutzen. ●

Mehr Informationen zur Organisation:
www.animetrics.org



Dies ist keine Winterlandschaft. Auch wenn das Motiv unseren diesjährigen Kartenbeziehungsweise E-Mail-Gruß zum Jahresende ziert. Hinter den Spitzen liegen vielmehr statistische Werte. WZB-Forscherin Vanessa Boese-Schlosser hat Daten der Jahre 1900 bis 2020 zu weltweiten Prozessen von Demokratisierung und Autokratisierung ausgewertet. Der weiße Gipfel ist der Höhenflug der Demokratien in den 1990er-Jahren. Die blauen Wellen sind Entwicklungen in Richtung Autokratie. Diese sind im Aufschwung begriffen, sie scheinen die Oberhand zu gewinnen. Und zwar selbst dort, wo Staaten demokratisch verfasst sind – dafür steht die dunkelblaue Linie. Mehr Infos finden Sie auf der Karte: www.wzb.eu/de/news/frohe-feiertage-0

Was macht Demokratien resilient? Die Frage hat uns zum Beispiel bei der Ersten Interdisziplinären WZB-Jahreskonferenz beschäftigt. Sie wird uns ins neue Jahr begleiten. Die Redaktion der WZB-Mitteilungen wünscht Ihnen ein friedvolles, diskutierfreudiges, buntes und gesundes Jahr 2026!

Das kommt:
„Männer“
1|26

Grafik: © muskat.design, Berlin.